



„Besser für die Menschen. CDU“

So lautete das Motto des 16. Parteitages in Hannover. Warum, machte die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel bereits bei der Begrüßung der 1001 Delegierten und der zahlreichen in- und ausländischen Gäste in aller Klarheit deutlich.

Noch nie sei der Unterschied zwischen Ankündi-

gungen und Taten einer Bundesregierung so groß gewesen wie im Jahr 2002, sagte Angela Merkel. Dies könne nur als „Lüge“ bezeichnet werden. Deutschland sei wirtschaftlich, sozial und moralisch an einem weiteren Tiefpunkt in seiner Nachkriegsgeschichte angekommen.

Fortsetzung Seite 4

16. PARTEITAG

Reden und Berichte
SEITE 7 – 31

DOKUMENTATION
Bericht der
Parteivorsitzenden
und der
Vorsitzenden der
CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Angela Merkel
INNENTEIL

■ **Parteitag:** „Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Anwälte der Menschen sind“, Kurzbericht ■ **Laurenz Meyer:** Bericht des Generalsekretärs an den Parteitag (Seite 7–16) ■ **Wolfgang Peiner:** Rechenschaftsbericht des Bundesschatzmeisters an den Parteitag (Seite 17–19) ■ **Hartmut Nassauer:** Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im EP (Seite 20–25) ■ **Edmund Stoiber:** „Dieser Kanzler braucht die Rote Karte“, Grußwort an den Parteitag (Seite 26–32) ■ **Aus der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag** (Seite 33–37)

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

WAHL DER PARTEIVORSITZENDEN



Angela Merkel ist mit 93,72 Prozent der abgegebenen Stimmen im Amt der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands bestätigt worden. Von 796 gültigen Stimmen erhielt Angela Merkel 746 Ja- und 50 Nein-Stimmen.

GENERALSEKRETÄR



Generalsekretär **Laurenz Meyer** stand als einziges Mitglied des Bundesvorstands nicht zur Wahl. Der Generalsekretär wird in jedem vierten Kalenderjahr gewählt.

WAHL DER VIER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN



Als stellvertretende Vorsitzende wurden **Annette Schavan** mit 891 Stimmen (93,89%), **Christian Wulff** mit 837 Stimmen (88,20%), **Jürgen Rüttgers** mit 599 Stimmen (63,12%) im Amt bestätigt. **Christoph Böhr** löste mit 598 Stimmen (63,01%) Volker Rühle im Amt des Stellvertreters ab, der nicht wieder kandidierte.

WAHL DES
BUNDESSCHATZMEISTERS

Wolfgang Peiner ist mit 807 von 820 gültigen Stimmen (99,14%) im Amt des Bundesschatzmeisters bestätigt worden.

WAHL DER
SIEBEN WEITEREN
PRÄSIDIUMSMITGLIEDER

Friedrich Merz mit 876 Stimmen

(93,59%)

Roland Koch mit 806 Stimmen

(86,11%)

Dagmar Schipanski mit 745 Stimmen

(79,59%)

Wolfgang Schäuble mit 666 Stimmen

(71,15%)

Hildegard Müller mit 594 Stimmen

(63,46%)

Jörg Schönbohm mit 527 Stimmen

(56,30%)

Hermann-Josef Arentz mit 524 Stimmen

(55,98%)

WAHL DER
26 WEITEREN MITGLIEDER
DES BUNDESVORSTANDS

Bernhard Vogel	791 (90,61%)
Arnold Vaatz	755 (86,48%)
G. Quisthoudt-Rowohl	750 (85,91%)
Maria Böhmer	747 (85,57%)
Josef Laumann	745 (85,34%)
Katherina Reiche	745 (85,34%)
Dieter Althaus	740 (84,77%)
Peter Rauen	732 (83,85%)
Barbara v. Wnuk-Lipinski	712 (81,56%)
Elke Wülfing	712 (81,56%)
Maria Michalk	705 (80,76%)
Karin Wolff	704 (80,64%)
Tanja Gönner	702 (80,41%)
Angelika Volquartz	679 (77,78%)
Franz-Josef Jung	676 (77,43%)
Andreas Renner	670 (76,75%)
Peter Jacoby	663 (75,95%)
Friedbert Pflüger	660 (75,60%)
Otto Wulff	655 (75,03%)
Eckhardt Rehberg	639 (73,20%)
Regina Görner	637 (72,97%)
Hendrik Wüst	633 (72,51%)
Matthias Wissmann	631 (72,28%)
Christoph Stölzl	626 (71,71%)
Erika Steinbach	607 (69,53%)
Regina van Dintter	579 (66,32%)

Ausführliche Informationen zu allen Mitgliedern des Bundesvorstands finden Sie auf den Parteitagssonderseiten auf <http://www.cdu.de/pt-hannover-2002/content/wahlen.htm>.

„Wir müssen dafür sorgen, dass wir die **Anwälte** der Menschen sind“

Fortsetzung von Seite 1:

„Seit sechs Wochen bereut Deutschland die Entscheidung für Rot-Grün“, zeigte sich die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel sicher. Verantwortung für den Niedergang trage einzig und allein der Kanzler. Viele Menschen hätten gerade wegen Schröder die SPD gewählt. Deren Hoffnungen würden mit Füßen getreten. „Die Menschen wurden getäuscht wie nie. Die Menschen sind enttäuscht wie nie“, sagte Merkel unter starkem Applaus der Delegierten.

Angela Merkel, die auch die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag führt, beschwor zugleich die Geschlossenheit von CDU und CSU. Der Satz „so viel Union wie heute war noch nie“ vom Frankfurter Parteitag im Juni sei ein „Schatz, den wir hüten und pflegen müssen“, mahnte Angela Merkel. Sie sei entschlossen, mit CSU-Chef Edmund Stoiber die gemeinsame Arbeit aus dem Wahlkampf fortzusetzen. Der gemeinsame Geist aus dem Wahlkampf werde die Union auch wieder mehrheitsfähig machen, zeigte sich Merkel überzeugt.

Die CDU-Parteivorsitzende sagte, dass die Union ihr Wahlziel nicht erreicht habe. Mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber sei es aber gelungen, die Union wieder auf Augenhöhe mit der SPD zu bringen. Dies sei ein „ganz wichtiger Erfolg. Das Land brauche eine starke Opposition als Wächter der Regierung und als Anwalt der Menschen.“ Deshalb laute das Motto des Parteitages: „Besser für die Menschen. CDU“.

Rot-Grün wird Quittung bekommen

Die Union sei trotz der Wahlniederlage gestärkt und werde in der Opposition jetzt Rot-Grün vor sich her treiben, kündigte Angela Merkel an. Die CDU werde die Landtagswahlen Anfang Februar in Hessen und Niedersachsen zu einer Abstimmung über die rot-grüne Politik machen. „Rot-Grün wird die Quittung bekommen – und zwar schon sehr bald“.

Scharf ging Angela Merkel in ihrer Rede vor ihrer Wiederwahl als Parteivorsitzende und der Neuwahl der

gesamten CDU-Führung vor allem mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Schröder ins Gericht. Sie warf Rot-Grün „Abkassieren“ und Steuererhöhungen vor. Dies führe weder zu dem notwendigen Wirtschaftswachstum, noch schaffe es Arbeitsplätze. Geschöpft würden jene, die Leistungen für das Gemeinwesen erbringen würden. „Die Politik von Rot-Grün ist die Karikatur von Nachhaltigkeit. Das Chaos hat Methode“. Angela Merkel kündigte an, die CDU werde parallel zur Regierung eine Reformkommission für die Sozialsysteme einsetzen.

In ihrer kämpferischen und sehr oft von Applaus unterbrochenen Rede nannte Angela Merkel als Alternativen eine umfassende Befreiung des Arbeitsmarktes bei Zeitarbeit, Teilzeit, betriebliche Bündnisse für Arbeit sowie eine Dezentralisierung der Lohnfindung und 400-Euro-Jobs brutto für netto. „Wir müssen uns wahrlich nicht verstecken mit unseren Vorschlägen. Wir können es besser.“ Die Umsetzung der Pläne der Hartz-Kommission zur Reform auf dem Arbeitsmarkt



werde nicht die erwarteten Lösungen bringen. „Zu viele der Hartz-Vorschläge atmen den Geist des Staatsinterventionismus und des Glaubens an die Wirksamkeit weiterer staatlicher Regulierung“.

Den Zeitgeist prägen

Generalsekretär Laurenz Meyer schloss sich den Gedanken Angela Merkels an. In Bereichen wie Umwelt und Menschenrechte warteten „urchristdemokratische Aufgaben“, machte er den Delegierten klar. Um diese lösen zu können, müsse die CDU zur „Bürgerpartei“ werden. „Wir müssen zulassen, dass sich andere von außen bei uns einmischen“, sagte der Generalsekretär in

seiner Rede. Dabei müsse die Partei sich auch „unbequemen Fragen stellen“ und „auf Gruppen zugehen, von denen nicht automatisch Beifall zu erwarten ist.“

Es mache keinen Sinn, dem Zeitgeist „hinterherzulaufen“, unterstrich Laurenz Meyer. Vielmehr habe die CDU den „Anspruch, den Zeitgeist zu prägen“. Dazu müsse die Partei „die Gesellschaft verstehen“, auch in ihren veränderten Bedürfnissen. Die CDU solle sich zugleich auf ihre Wurzeln besinnen, um ihnen „Kraft für neue Triebe“ zu geben. Dafür sei eine „produktive Unruhe“ in der Partei nicht nur erlaubt, sondern geradezu zwingend erforderlich. Bei diesem Prozess dürfe den Parteimitgliedern nichts „übergestülpt“ wer-

den. Eine Zukunftsaufgabe sei, die programmatischen Neuerungen in die Parteibasis hereinzutragen und dort umzusetzen, sagte Laurenz Meyer, der als einziges Mitglied des Bundesvorstands nicht zur Wahl stand.

Rechenschaftsbericht

In seinem Rechenschaftsbericht führte der Bundesschatzmeister der CDU Deutschlands, der hamburgische Finanzsenator Wolfgang Peiner, aus, dass die CDU drei Jahre nach Aufdeckung der CDU-Finanzaffäre wieder einen regen Spendenzufluss verzeichne. Im Bundestagswahljahr 2002 seien mehr Spenden eingegangen, als die Partei eingepflanzt oder erwartet habe. Wolfgang Peiner betonte, die Partei trage alle Neuregelungen des Parteiengesetzes mit und halte sie auch für richtig. Transparenz sei das Schlüsselwort, auch neu gewonnenes Vertrauen zu bestärken.

Rot-grüne Unwahrheiten

Der niedersächsischen CDU-Landesvorsitzende, Christian Wulff, der als stellvertretender Parteivor-

sitzender gewählt wurde, warf in seiner Rede Rot-Grün einen „gigantischen Wahlbetrug“ von. In der Renten-, Stabilitäts- und Steuerpolitik habe die Regierungskoalition den Bürgern die Unwahrheit gesagt. „Wir dürfen den Rot-Grünen nicht durchgehen lassen, dass sie die Menschen verhöhnen und mit der Wahrheit Schindluder treiben!“ Als Erinnerung an den Parteitag übergab die Vorsitzende der niedersächsischen CDU Angela Merkel ein Fahrrad aus heimischer Produktion. Wichtigste Beigabe sei ein Kompass, sagte Christian Wulff. „Interessanter Weise zeigt er selbst dann, wenn man in Bayern unterwegs ist, immer nach Norden – und darauf, dass wir eine starke norddeutsche CDU wollen im Rahmen einer starken CDU.“ Er hoffe, dass Merkel nach der Landtagswahl in Niedersachsen am 2. Februar unter einer CDU-Regierung das Land erkunden könne, sagte Wulff.

Mit Zuversicht und Kampfkraft

Hessens Ministerpräsident Roland Koch hat der Bundesregierung vorgeworfen, Deutschland in eine



tiefe Krise geführt zu haben. Rot-Grün verwalte die „Hoffnungslosigkeit.“ Die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 2. Februar sollten zu einer Volksabstimmung über die Frage werden, ob die Menschen die Regierung dazu treiben, dem Land eine Zukunft zu verschaffen.

In seinem Grußwort an den CDU-Parteitag rief der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber die Union zum gemeinsamen entschlossenen Kampf um die von Rot-Grün enttäuschten Wähler auf. „Wir müssen aktiv um alle Enttäuschten in Deutschland kämpfen und sie von unseren Angeboten überzeugen“. Das von Hannover ausgehende Signal müsse heißen: „Jetzt erst recht, mit Zuversicht und Kampfkraft. Wir packen an für Deutschland.“

Scharfe Angriffe richtete

der bayerische Ministerpräsident gegen Gerhard Schröder. Der Bundeskanzler möge zwar Kanzler geblieben sein, aber er habe „nicht die Fähigkeit, Deutschland gut zu regieren“. Rot-Grün sei verantwortlich für „Lethargie, Resignation und Pessimismus“. Schröder falle zur Lösung der anstehenden Probleme „nichts“ ein. Statt dessen breche Rot-Grün ein Wahlversprechen nach dem anderen. „Diese Regierung hat sich an die Macht gemogelt.“ Der Kanzler reagiere auf Kritik der Opposition einzig mit „Schweigen“ und „arrogantem Grinsen“. Das reiche auf Dauer nicht aus, um seine „Unfähigkeit zu übertünchen“, hielt Stoiber ihm vor. Spätestens am Abend der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen werde Schröder das Grinsen vergehen. **UD**

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

„Lassen Sie uns an dem Projekt ‘CDU als **Bürgerpartei**’ arbeiten“

Wir haben einen langen und harten Wahlkampf hinter uns, der uns insbesondere gegen Ende in ein Wechselbad der Gefühle gestürzt hat; das wird sicher jeder nachvollziehen können.

Die CDU hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie kämpfen kann, und das gegen eine SPD, die uns – Angela Merkel hat schon darauf hingewiesen – im finanziellen Bereich und damit personell überlegen war. Aber es hat sich gezeigt: Den Erfolg von Wahlkämpfen kann man nicht kaufen. Hinsichtlich der Ausgaben für Anzeigen schätzen wir ein Verhältnis von etwa 1 : 30 bis 1 : 40 zwischen CDU/CSU und SPD. In einem solchen Maße hat sich das keinesfalls bemerkbar gemacht. Wir haben das durch Zusammenhalt, durch Kampfkraft ausgleichen können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf ein Thema hinweisen, das wir, wie ich glaube, nicht vernachlässigen und auch in Zukunft aufgreifen müssen. Allein mit den Medienbeteiligungen

hat die SPD im vergangenen Jahr rund 10 Millionen Euro verdient. Wir haben auch festgestellt, wie diese Medienbeteiligungen gearbeitet haben. Es geht immerhin um Beteiligungen an über 100 Zeitungen, an drei TV-Produktionsgesellschaften und 18 Radiosender in Deutschland. Wir sind nach wie vor der Meinung: Auch das ist ein Thema für den Verbraucherschutz. Wo SPD drin ist, muss auch SPD draufstehen. Die Verbraucher haben ein Anrecht darauf, zu wissen, an welchen Medien die SPD beteiligt ist. Dieses Thema bleibt auf der Tagesordnung.

Vorsätzlicher Wahlbetrug

Liebe Freunde, mir geht es nun darum, die Grundhaltung der heute in der Regierung Handelnden aufzuzeigen. Schröder und seine Leute haben vor der Wahl gelogen, dass sich die Balken biegen:

Vor der Wahl hat Schröder gesagt: „Steuererhöhungen sind in der jetzigen kon-

junkturrellen Situation ökonomisch unsinnig und deswegen ziehen wir sie nicht in Betracht. Im Gegenteil.“ Nach der Wahl hat Schröder seine Lüge offenbart. Er hat sein Versprechen gebrochen. Wenn den Familien durchschnittlich mehr als 200 Euro aus der Tasche gezogen werden, dann ist das ökonomisch unsinnig und Gift für die Konjunktur. Das nenne ich vorsätzlichen Wahlbetrug.

Vor der Wahl versprach Finanzminister Eichel: „Wir werden die Maastricht-Kriterien einhalten.“ Nach der Wahl verkündet er, wenn auch schrittweise, die Wahrheit. Die Stabilitätskriterien werden nicht eingehalten und jetzt will er sie noch zusätzlich aufweichen. Wir sollten dies als das benennen, was es ist: vorsätzlicher Wahlbetrug.

Besonders offenkundig war dies bei den Anzeigen der SPD. Dort wurde versprochen: „Rentenbeiträge bleiben stabil“. Sie wissen alle, was jetzt, nach der Wahl, passiert: Die Beiträge steigen, und zwar gewaltig. Das ist vorsätzlicher Wahl-

betrug. So sollten wir das auch nennen.

Lassen Sie mich dazu einen Punkt ergänzen: Das, was die Grünen derzeit in Sachen Rentenbeiträge machen, ist ein Schauturnen. Eigentlich müsste sie die Anhebung der Versicherungspflichtgrenzen beschäftigen. Denn das heißt doch, dass in 20 Jahren erheblich höhere Renten bezahlt werden müssen. Liebe Freunde, den Grünen müsste doch ihr Gerede von Nachhaltigkeit, das sie im Wahlkampf gehalten haben, im Halse stecken bleiben. Diese Diskussion werden wir mit ihnen führen.

Vor der Wahl hat die SPD in Anzeigenserien versprochen: „Solide Finanzen – aktiver Staat“. Nach der Wahl wird die Verschuldung erhöht und der Bürger durch vielfältige Steuern und Abgaben belastet. Das ist vorsätzlicher Wahlbetrug.

Schröders Lügen

Im Fernsehduell mit Herrn Stoiber antwortete Schröder auf die Frage, ob Riester im Amt bleibt: „Ja, sicher.“ Nach der Wahl wurde sein Arbeits- und Rentenminister kurzerhand gefeuert. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Gut, dass er weg ist. Aber auch



dies zeigt Schröders Umgang, selbst mit Menschen in seinem engsten Umfeld.

Schröder hat vor der Wahl die Menschen nach Strich und Faden und mit Vorsatz belogen. Ihm war zum Machterhalt jedes Mittel recht.

Die Art und Weise, wie er mit plattem Antiamerikanismus und dem Schüren von Kriegsängsten Wahlkampf betrieben hat, nenne ich nach wie vor skrupel- und charakterlos. Dieses Verhalten wird Deutschland noch teuer zu stehen kommen.

Worum muss es uns in unserer Auseinandersetzung jetzt gehen? Roland Koch, Angela Merkel und andere haben schon von dem Frust und der Misstimmung gesprochen, die in der Bevölkerung zu spüren sind, weil sie den Eindruck haben, dass für Politiker andere Gesetze gelten als im normalen

Leben. So ist das auch hier: Schröder erinnert mit seinem Verhalten an einen Autoverkäufer, der dem Kunden einen Neuwagen verspricht und einen Gebrauchtwagen mit kaputtem Motor liefert. Der Unterschied ist nur, dass der Verkäufer dafür eingesperrt würde, während Schröder meint, er komme so davon.

Deswegen bieten uns die Wahlen in Hessen und Niedersachsen eine Möglichkeit. Wahlen nämlich sind das Sanktionsrecht in der Politik. Diese Regierung muss für das Verhalten, was sie an den Tag gelegt hat, abgestraft werden.

Landtagswahlen

Wenn dieser Bundeskanzler bei den anstehenden Wahlen seine Strafe nicht

bekommt, wird er – auch das sollten wir der Bevölkerung sagen – das als Einladung zu noch weiter gehenden Versprechungen und noch größeren Lügen betrachten. Ich nenne nur die Mehrwertsteuer, die Entfernungspauschale, die Ökosteuer. Diesen Giftcocktail haben sie schon im Köcher, um ihn nach den Wahlen in Hessen und Niedersachsen zu verabreichen. Wir müssen die Weichen so stellen, dass ihnen dieses Projekt im Halse stecken bleibt. Das ist unsere Aufgabe für die nächsten Monate.

Was in Deutschland derzeit vorgeht, ist aus meiner Sicht regelrecht gespenstisch. Ich habe letzten Sonntag an einer Fernsehdiskussion teilgenommen, immerhin eine Woche nach der Regierungserklärung und Wochen nach dem Vorlegen der Koalitionsvereinbarung. Der Moderator leitete den zweiten Teil der Sendung ein mit der Feststellung: Heute Abend sitzen Rot und Grün mal wieder zusammen und in wenigen Tagen werden wir wissen, wo es lang geht. –

Liebe Freunde, eigentlich sollte man nach einer Regierungserklärung doch wissen, wo es in den nächsten vier Jahren lang gehen soll.

Mit mir in der Runde dort

saß der Ex-SPD-Vorsitzende Lafontaine, vertrat die SPD und erzählte genau das Gegenteil von dem, was die Regierung tut. Was hier stattfindet, ist gespenstisch und verstärkt die Unsicherheit in der Bevölkerung. Das zeigt, wie hier gepfuscht und handwerklich schlecht gearbeitet wird. Jetzt muss ich mich wieder entschuldigen. Ich habe den Handwerkern versprochen, im Zusammenhang mit dieser Bundesregierung nie wieder von „handwerklich schlecht“ zu sprechen, weil das für Handwerker ziemlich beleidigend sein könnte.

Purer Machterhalt

Die einzige Devise, die diese Regierung hat, heißt: Machterhalt. Denken Sie nur einmal an die Fragen der Unterstützung von Organisationen und der Unterstützung von ehrenamtlicher Tätigkeit. Hierbei soll – das zeigt, wie die Politik dieser Regierung ist – über Vorschriften gearbeitet werden; hierbei sollen die Systeme und soll nicht der Einzelne stark gemacht werden. In der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung hieß das noch ganz anders. In der Regierungserklärung sprach Schröder da-

von, den ehrenamtlich und freiwillig Tätigen in kulturellen, sozialen und sportlichen Projekten größere Gestaltungsspielräume zu eröffnen.

Gleichzeitig will man aber die Abzugsfähigkeit von Spenden aus Unternehmen an diese Organisationen verbieten. Allein dieser Widerspruch zeigt, was für eine Grundhaltung in der Regierung dahinter steht. Selbst Johannes Rau sah sich genötigt, dazwischenzugehen und einzuschreiten. Inzwischen sind diese Pläne zwar vom Tisch, aber die Grundhaltung, die sich hinter diesem Vorhaben verbarg, dieses Misstrauen gegenüber dem Einzelnen, das Misstrauen gegenüber ehrenamtlicher Tätigkeit, ist offen gelegt worden. Das sind Angriffe auf die Grundlagen unserer Gesellschaft – genauso wie das, was Angela Merkel beschrieben hat, als es um die Bestrafung von Leistungsträgern ging – damit meine ich die Krankenschwester genauso wie den Unternehmer – oder als um die Angriffe auf die Familie ging, die der SPD-Generalsekretär mit seinem Bild „Wir wollen die Luft- hoheit über den Kinderbetten“ vorgetragen hat.

All das zeigt ein ideologegesteuertes Weltbild bei

der SPD und bei den Grünen. Genau deswegen müssen wir uns damit auseinandersetzen. Sie wollen in den Grundpositionen wirklich eine andere Republik als wir. Genau da liegt unser Auftrag und liegt unsere Chance. Genau da! Unsere christdemokratische Idee mit unserem Selbstverständnis von den Grundwerten der Gesellschaft ist die faszinierende Gestaltungskraft des 21. Jahrhunderts. Diese Auseinandersetzung müssen wir in den kommenden Jahren führen!

Deshalb ist es so wichtig, Beispiele für das aufzuführen, was die Regierung will und was wir für richtig halten.

Wie steht es aber mit all den Bereichen, die die Gesellschaft prägen, die Leit motive geben, und wie transportieren wir unsere gesellschaftspolitischen Themen? Ich möchte gern darauf eingehen, aber lassen Sie mich vorweg etwas zu einem Wort sagen. Es geht um dieses Gerede vom Zeitgeist und davon, dem Zeitgeist hinterherzulaufen, das auch bei dem einen oder anderen von uns stattgefunden hat und sich in Kommentaren wiederfindet. Ich halte von diesem ganzen Gerede und Gequatsche überhaupt nichts. Überhaupt nichts! Es macht

keinen Sinn, dem Zeitgeist hinterherzulaufen. Aber auch das Gerede macht keinen Sinn. Es geht darum, dass wir zunächst einmal die Gesellschaft in ihren Entwicklungen und in ihren Veränderungen wirklich verstehen müssen. Wer die Menschen mit ihren Bedürfnissen, auch ihren veränderten Bedürfnissen, nicht versteht, der kann bei Veränderungen in der Gesellschaft nicht glaubhaft Position beziehen. Damit meine ich: Erst dann, wenn man eine klare Analyse hat, kann man gegensteuern oder auch Entwicklungen befördern, die man für richtig hält. Ohne eine klare Analyse dessen, was sich verändert hat, zum Beispiel in den großen Städten, in den Patchwork-Familien, in den beruflichen Entwicklungen – jemand ist mal selbstständig und dann wieder angestellt -, können wir weder gegensteuern noch bestimmte gesellschaftliche Veränderungen unterstützen.

Unser Anspruch

Wir haben den Anspruch, den Zeitgeist zu prägen. Wir als Christliche Demokraten nehmen diesen Auftrag an und wir nehmen ihn wahr.

Zeitgeist ist sicherlich ein ganz schlechter Ratgeber.

Was wir brauchen, ist einmal die Rückbesinnung auf unsere Wurzeln. Es geht darum, unsere Wurzeln zu stärken, ihnen die Kraft zu neuen Trieben zu geben, sodass sie in den kommenden Jahren wachsen können. Ich will ausdrücklich unterstreichen, was Angela Merkel dazu gesagt hat. Wir haben hochmoderne attraktive Angebote – es war viel von Tafelsilber die Rede -, die wir den Menschen machen können.

Denken Sie nur an unsere Vorstellung von Wettbewerb in den verschiedenen Politikbereichen. Wir müssen es nur umsetzen und durchsetzen. Das gilt nicht nur in der Wirtschaftspolitik. Da haben wir Nachholbedarf: Wettbewerbsgleichheit und Chancengleichheit auch zwischen kleinen und großen Unternehmen.

Das betrifft auch die Gesundheitspolitik. In der Gesundheitspolitik ist die Regierung auf dem Weg in die Einheitsversicherung. Unseren Wettbewerbsgedanken dagegengestellt – das gibt eine gute konfrontative und sinnmachende Auseinandersetzung.

Ich nenne auch den Wettbewerbsgedanken in der Bildungspolitik. Wir brauchen den Wettbewerb unter den Schulen und unter den Universitäten. Wir brau-

chen das, damit die Menschen sehen können, was für Ergebnisse in den verschiedenen Einheiten herauskommen. Wir brauchen auch den Wettbewerb unter den Ländern. Wir müssen uns nach Kräften gegen den Gedanken „Wir brauchen mehr Zentralismus in der Bildungspolitik“ wehren. Stellen Sie sich doch nur einmal vor – damit spreche ich Christian Wulff besonders an –, wir hätten die Ergebnisse der Bildungspolitik von Niedersachsen in ganz Deutschland, nämlich dann, wenn Herr Schröder dafür zuständig gewesen wäre! Das wäre ein Fiasko für die Kinder in Deutschland!

Wenn es darum geht, unsere Beschlusslage in der Familienpolitik umzusetzen, dann ist es eben nicht damit getan, dass Angela Merkel und andere aus der Führungsspitze das in vielen Reden vortragen, sondern dann müssen wir das bis auf die kommunale Ebene herunterbrechen und auch dort sehen, wie wir diese neue Position wirklich umsetzen können. Das ist eine der Aufgaben, die wir für die kommenden Jahre haben.

Wenn wir sehen, dass in den großen Städten die Wahlergebnisse schlechter sind, dann geht es nicht nur darum, unsere Position wie-

der neu zu verändern, sondern auch darum, Positionen, die völlig klar sind, stärker zu unterstreichen. Gerade in den großen Städten haben wir das Problem der Kriminalitätsbekämpfung und der inneren Sicherheit. Das sind Bereiche, in denen wir eine ganz klare Linie fahren müssen. Zu nennen ist auch die Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Gerade da sind unsere klaren Positionierungen gefragt.

Damit wir uns nicht missverstehen: Die Überprüfung im Hinblick auf unsere Wahlergebnisse in den großen Städten heißt nicht, in allen Bereichen zu neuen Ufern zu kommen, sondern heißt auch, zu prüfen: Wo können wir unsere Stärken stärken und unsere Schwächen gleichzeitig abbauen? Darum geht es bei dem, was wir an Gegengewicht schaffen müssen.

Angela Merkel hat eben davon gesprochen, dass wir in den Fragen der Gesundheits- und Rentenpolitik an unseren Positionen festhalten müssen. Wie können wir es schaffen, dass wir von uns aus die Vorstellungen zum Erhalt des Generationenvertrages vorantreiben? Wenn wir es nicht selbst in der Partei machen, wer soll es dann machen? Irgendwann werden die heute unter 40-Jährigen,

die jüngere Generation, diesen Generationenvertrag aufbrechen, weil sie ihn als zutiefst ungerecht empfinden.

■ Soziale Sicherungssysteme

Ich habe im letzten Jahr eine Vielzahl von Gesprächen mit jungen Leuten unter Dreißig geführt. Ich bin auch zu Jugendzeitschriften gegangen, zu denen also, die sich an die Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen wenden. Die waren zum Teil zunächst einmal überrascht, dass ich nicht kam, um Interviews zu geben, sondern um von ihnen zu hören, wie sie das eigentlich machen, wie sie die Menschen ansprechen.

Ich habe festgestellt: Da liegt kein wissenschaftliches System zugrunde, sondern sie geben einfach ihre eigene Lebenssituation und die in ihrem Umfeld für die Altersgruppe, die sie beschreiben und die sie ansprechen wollen, wieder. In diesen Gesprächen hat sich herausgestellt: Keiner der heute unter 30-Jährigen und kaum einer der unter 40-Jährigen hat das Zutrauen darin, dass das Rentensystem, das wir heute haben, für die Jungen noch irgend-eine Art von Relevanz hat.

Deshalb liegt die schwierige Aufgabe vor uns, das System so zu verändern, dass die älteren Menschen und die rentennahen Jahrgänge Sicherheit haben und dass wir trotzdem den unter 40-Jährigen eine Perspektive bieten können. Ich sage Ihnen klipp und klar: Mit dem heutigen System, das ausschließlich an den Arbeitslohn anknüpft, werden wir auf Dauer weder das Renten- noch das Gesundheitssystem finanzieren können.



Herausforderungen

Wir müssen in den Bereichen, in denen unsere Antworten bisher unzureichend waren, weiterarbeiten und die Bereiche stärken, in denen wir schon stark sind. Ich habe eben einige genannt. Es geht aber auch darum, dass wir in den Bereichen, die wir vernachlässigt haben, zusätzliche Schwerpunkte setzen. Angela Merkel hat die Themen Umwelt, Menschenrechte und Entwicklungshilfe genannt. Das sind Themen, die von der Koalition, von der SPD und von den Grünen, für unsere Arbeit, die wir leisten können, sozusagen freige-macht werden.

Denken Sie einmal an den Umweltbereich! Herr

Trittin gibt keine Antwort darauf, wie die Erfolge beim Klimaschutz, die er prognostiziert, bis zum Jahre 2005 erreicht werden können. Unsere Chance liegt darin, diese Themen aufzugreifen. Denken Sie an den Bereich der Menschenrechte! Nor-

im Umweltbereich solche Defizite haben? Wie kommt es, dass in einer Zeit, in der die Bundesregierung anteilig weniger für Entwicklungshilfe ausgibt als jemals zuvor, die Gruppen, die sich um Globalisierung und Entwicklungshilfe



bert Blüm hat mit seinem jahrelangen und immer noch währenden Einsatz gegen Kinderarbeit in der dritten Welt Zeichen gesetzt. Es ist eine urchristdemokratische Aufgabe, sich um solche Bereiche zu kümmern. Wir werden uns diese Chance nicht nehmen lassen.

Ich frage sehr selbstkritisch – dieser Punkt muss uns nachdenklich machen -: Wie kann es dann sein, dass der Zugang der Umweltgruppen zu den Grünen nach wie vor stärker ist als zu uns, obwohl die Grünen

kümmern, stärker mit den Grünen und Teilen der SPD in einen Diskussionsprozess eintreten als mit uns? Das muss uns nachdenklich stimmen. Das ist ein Arbeitsauftrag für uns.



Arbeitsauftrag

Diesen Arbeitsauftrag – ich möchte damit ein grundsätzliches Missverständnis ansprechen, das zum Teil in der Partei, aber auch in der veröffentlichten Meinung vorhanden ist –

hätte die Partei auch gehabt, wenn sie an die Regierung gekommen wäre. Damit wir uns klipp und klar verstehen: Das hat nichts mit dem Wahlausgang zu tun. Wir haben einen Nachholbedarf bei der Arbeit der Partei und bezüglich der Themen der Partei, die wir uns in den kommenden Jahren vornehmen müssen.

Wir brauchen keine Koalitionsdebatten über Schwarz-Grün. Das halte ich im jetzigen Stadium für völlig überflüssig. Lasst uns um unsere eigene Position kümmern und sie mehrheitsfähig machen! Erst nach den Wahlen sollten wir uns um Koalitionen kümmern. Ich halte das Gerede über Koalitionen für überflüssig, wenn man noch nicht in allen Bereichen weiß, wohin man will.

Liebe Freunde, die CDU hat den Anspruch, gesellschaftlicher Motor zu sein. Unsere Voraussetzungen sind so gut wie bei keiner anderen Partei in Deutschland.

Wir sind gleichzeitig – und verbinden das – für Fortschritt und Bewahrung der Schöpfung. Wir sind für Globalisierung und Gerechtigkeit.

Für uns geht das Lösen von sozialen Fragen nur im Miteinander der Generationen und – das ist der Arbeitsauftrag für die Partei –

Bürgerpartei

Uns geht es um die Bürgergesellschaft, um die Stärkung der Chancen des Einzelnen und um die Stärkung der kleinen Einheiten.

Ich möchte Sie bitten, dass wir im kommenden Jahr an dem Projekt CDU als Bürgerpartei arbeiten. Wie stellt sich die Partei, die an tausend Stellen in die Gesellschaft hineinwirkt und die Gesprächsfäden neu spinnt, dem Prozess der gesellschaftlichen Veränderung? An die Adresse der Jungen Union gewandt – da sind wir uns sicherlich einig –, wir sind dankbar für die Wortmeldungen aus dem Bereich der Jungen. Das geht weit über Satzungsdiskussionen hinaus, die ein rein innerparteilicher Prozess sind. Es geht um die Arbeitsweise der Partei und auch darum, wie wir gemeinsam mit den Bürgern unseren Weg finden.

Wir haben den Weg zur Mitgliederpartei in den 70er-Jahren geschafft. Diese Mitgliederwerbung müssen wir fortsetzen. Die Zeit dafür ist jetzt günstig. Ich kann folgenden Tipp geben: Ich habe in den letzten zwei Jahren die 20 erfolgreichsten Kreisverbände angeschrieben und gefragt, was sie im Bereich

der Mitgliederwerbung gemacht haben. Alles läuft auf die Fortsetzung unseres bewährten Kontaktermodells hinaus. Diejenigen, die seit längerer Zeit in diesem Bereich tätig sind, kennen es.

Es geht aber auch darum, wie wir es schaffen können, diejenigen in die Arbeit einzubeziehen, die sich nicht binden wollen. Dazu gehört, dass wir es zulassen, dass sich andere von außen bei uns einmischen können. Dazu gehört auch, dass wir zugeben, dass wir die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen haben und dass wir deshalb für Anregungen von außen offen sind. Bürgerpartei klingt sehr simpel. Aber sie zu verwirklichen ist höchst schwierig. Das bedeutet nämlich, dass man sich auch unbequemen Fragen stellt und dass man auf Gruppen und Personen zugeht und mit ihnen diskutiert, die einem von vornherein nicht nahe stehen und von denen man erst einmal keinen Beifall erwarten kann. Dazu gehört weiterhin, dass man Menschen die Chance gibt, sich bei uns einzumischen, die nicht Mitglied der Partei sind.

Wie gelingt es uns, Bürger zu finden, die zwar bei Projekten mitmachen wollen, die aber zu einer Mitgliedschaft in der CDU nein

sagen? Lassen Sie mich eines ganz offen sagen – viele kennen aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen in diesem Bereich das Problem –, wenn junge Leute, die sich für unsere Grundideen interessieren und von unseren Grundwerten begeistert sind, einige Male an Ortsversammlungen teilgenommen haben – es kann sogar passieren, dass sie aufgrund ihres Alters schnell in den Vorstand gewählt werden –, ist es häufig der Fall, dass sie an der Art und Weise verzweifeln, wie wir diese Arbeit vorantreiben. Geben wir diesen jungen Menschen wirklich Gelegenheit, ihre Anliegen auch über die Ortsunion und über den engeren Bereich hinaus einzubringen? Deshalb fordere ich die Jungen auf: Ihr müsst in unserer Partei unbequem sein! Ihr müsst Stachel im Fleisch der CDU sein, damit wir vorankommen und damit wir diese gesellschaftlichen Veränderungen vollziehen können!

Liebe Freunde, es geht aber auch darum, Punkte einzubeziehen, die uns in früheren Zeiten nicht beschäftigt haben, zum Beispiel die Mobilität von jungen Leuten. Wie können wir bei einem Ortswechsel verhindern – die jungen Leute wechseln beispielsweise aufgrund des Studiums den

Wohnort –, dass sie uns für die Arbeit verloren gehen? Wie können wir die heute höchst unterschiedlichen Arbeitszeiten bei unserer Arbeit berücksichtigen? Wie können wir das, was wir den Frauen bezüglich Beruf und Familie erzählen, in der Partei auch wirklich umsetzen, sodass es möglich wird, dass sich junge Frauen bei uns engagieren können? Das sind ganz praktische Fragen, die wir beantworten müssen, wenn wir diese Arbeit weiterführen wollen.

Parteiarbeit

Wir – wie auch viele Unternehmen – müssen uns fragen: Wie schaffen wir es mit den zwei Vertriebswegen, die wir heute haben, zurechtzukommen? Wir werden nämlich auch in Zukunft Mitglieder haben, die mit dem Internet und mit den neuen Medien nicht umgehen können. Auch diese müssen in Zukunft noch die Möglichkeit haben, sich ein-



mischen und in die Parteiarbeit einbringen zu können. Das hat auch damit zu tun, dass menschliche Bindungen der beste Kitt für eine erfolgreiche Parteiarbeit vor Ort sind.

Ich will in diesem Zusammenhang die Arbeit der Senioren-Union als gutes Beispiel ausdrücklich erwähnen. Was hier an Arbeit geleistet wird, ist beispielhaft und sollte auch in anderen Bereichen umgesetzt werden.

Liebe Freunde, man muss natürlich auch an die neuen Vertriebswege denken. Im Bereich des Internets bieten sich ganz neue Möglichkeiten. Da bietet sich die Möglichkeit, untereinander Kontakt aufzunehmen. Es entsteht die Möglichkeit, dass Menschen aus Flensburg, Dortmund und Stuttgart zusammen an einem Projekt arbeiten, was früher nicht möglich gewesen wäre.

Habt keine Angst davor, dass sich hier Hierarchien auflösen, dass der Dienstweg vom Ortsverband zum Kreisverband und zum Landesverband nicht mehr eingehalten wird, wenn Menschen so arbeiten. Damit sind viele Unternehmen fertig geworden und wir müssen es herausfordern, dass diese Mentalität um sich greift, dass sich Menschen in bestimmten Sachfragen über ihre regionalen Einheiten hinaus engagieren.

Projekt „Große Städte“

Deswegen werden wir neben dem Projekt „Bürgerpartei“ auch das Projekt „Große Städte“ umsetzen. Jürgen Rüttgers hat die Führung übernommen. Der Kreisverband Stuttgart hat dazu einen Antrag gestellt. Zusätzlich werden wir uns mit der Lage in den neuen Ländern beschäftigen müssen. Wir haben – nicht erst in diesem Wahlkampf, aber auch dort – festgestellt, dass die andere Sozialisation der Menschen in den neuen Ländern und die vielfach schwierigen Probleme andere Antworten und anderen Umgang damit erfordern.

Sie sind thematisch und organisatorisch zu bearbei-

ten, denn es gibt in der Organisationsstruktur durchaus Mängel, die nicht diejenigen zu verantworten haben, die dort die Arbeit machen, weil sie aus unserer Geschichte erwachsen sind.

In diesem Zusammenhang werden wir in den Arbeitsgruppen auch das behandeln, was uns auf dem Parteitag in Dresden auf den Weg gegeben worden ist: die Satzungsfragen. Sie sind jedoch ein Unterbereich in der gesamten Diskussion.

Nutzen wir die Freiräume

Ich habe es bereits am Anfang gesagt und komme darauf zurück: Rot-Grün – viele Intellektuelle beklagen das heute – hat ein geistiges Vakuum in Deutschland geschaffen. Wir haben die einmalige Chance, dieses geistige Vakuum mit unseren Ideen, unseren Diskussionsbeiträgen und unseren Möglichkeiten auszufüllen. Dazu gehört aber auch, dass wir uns in vielfältiger Weise umstellen. Unser Zugang, etwa im Bereich der Medien, im Bereich der Kultur und im Bereich des Sports, ist nach meiner festen Überzeugung heute eher schlechter, als er es vor etlichen Jahren gewesen ist.

Deshalb müssen wir das aufgreifen, wir müssen mit-tendrin sein. Wir dürfen nicht Ehrengäste sein, sondern müssen mitten in der Arbeit stecken. Wenn sich jemand dort engagiert, muss er einen Vorteil in der Arbeit erhalten und darf nicht gegenüber demjenigen benachteiligt werden, der sich ausschließlich in der Parteiarbeit engagiert.

Gott sei Dank, sagen viele Personalchefs in den Unternehmen inzwischen bei der Einstellung, es geht nicht mehr nur um Noten und wer sich engagiert, auch in anderen Bereichen, lässt um vier Uhr nicht den Griffel fallen. – Diese Einstellung muss auch für die Parteiarbeit gelten.

Wir wollen im Adenauer-Haus mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen das Adenauer-Haus wieder stärker öffnen und zu einem Haus der geistigen Auseinandersetzung und der kulturellen Begegnung machen. Entsprechende Veranstaltungs- und Gesprächskonzepte werden wir auch den anderen Gliederungen zur Verfügung stellen, damit sie möglichst viele Nachahmungen finden.

Wir müssen die Freiräume, die uns diese Regierung bietet, nutzen, um die Voraussetzungen für die



Auseinandersetzungen zu schaffen. Wir müssen die Grundlagen dafür schaffen, dass bei der nächsten Bundestagswahl eine große Bereitschaft, uns zu akzeptieren, vorherrscht. Das ist ein langfristiger Prozess, den man nicht im letzten halben Jahr vor der Bundestagswahl anstoßen kann.

Wer sprach denn von Friedhofsruhe? Friedhofsruhe brauchen wir nicht, sie wäre völlig falsch. Wir brauchen produktive Unruhe in dieser Partei auf der Basis gemeinsamer Grundwerte. Genau darum geht es. Lasst mich zur Erklärung von produktiver Unruhe sagen: Jeder hier im Saal sollte Wortmeldungen überprüfen. Mein Lehrmeister in den ersten Stunden meiner Parteiarbeit und meines politischen Lebens war Günter Rinsche, der spätere Europaabgeordnete. Er hat mir einmal gesagt: Wenn du in Vorstandssitzungen oder anderen Gremien sitzt und sich jemand zu Wort mel-

det, frag dich immer, wem das nutzt.

Ich sage Ihnen ganz offen: Es gibt zu viele Wortmeldungen, bei denen es nicht um produktive Unruhe, sondern nur um Eigenprofilierung geht. Genau hier ist die Schnittstelle, die wir beachten müssen: Produktive Unruhe, ja, eigene Profilierung auf Kosten der Mannschaft, nein. Genau das gilt es zu beachten.

Wir wollen den Mitgliedern nichts überstülpen, das wäre auch völlig falsch. Wir werden unsere Neuorientierung in der Bevölkerung nur verankern, wenn alle Mitglieder die Gelegenheit erhalten, darüber mitzureden. Genau das muss unser Ziel sein. Vom Ortsverband bis zum Bundesverband muss sich dieser Diskussionsprozess erstrecken.

Unser Motiv

Wir haben ein Motiv für unsere Arbeit. Das ist bei dem

einen oder anderen das Engagement für seine Stadt, weil er seine Stadt liebt. Wir engagieren uns auf der Bundesebene für unser Land, weil wir unser Vaterland lieben.

Genau das sollte man wieder zum Ausdruck bringen. Angela Merkel hat von den nationalen Eigeninteressen gesprochen. Wir müssen sagen, wir mögen dieses Land und wollen, dass es diesem Land gut geht; wir wollen, dass es den Menschen in diesem Land gut geht. Deswegen werden wir die kommenden vier Jahre nutzen, um unsere Basis in den Ländern, angefangen mit Niedersachsen und Hessen, zu verbreitern. Wir werden unsere Basis bei den Kommunalwahlen verbreitern. Wir müssen die schreckliche Situation dieser Bundesregierung nutzen, um unsere Basis zu verbreitern, damit kein Weg mehr bei der nächsten Bundestagswahl an uns vorbeigeht und es allen Menschen in Deutschland wieder besser gehen wird.

BUNDESSCHATZMEISTER WOLFGANG PEINER:

Rechenschaftsbericht – ein **Zeichen**, dass die CDU an Vertrauen gewonnen hat

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Merkel, wir stehen alle noch unter dem Eindruck Ihrer Rede, die sehr deutlich gemacht hat, welches die Erfordernisse im Hinblick auf unser Land für die Zukunft sind.

Trotzdem möchte ich kurz ein kleines Stück unserer Vergangenheit in Erinnerung rufen. Es geht dabei um die Rechenschaftsberichte 2000 und 2001. Ich denke, auch hier zeigt sich, dass wir mit vereinten Kräften eine gute und erfolgreiche Arbeit leisten können.

Konsolidierungsphase

Ihnen liegt der Rechenschaftsbericht 2000 vor. 2000 war – das wissen Sie – ein besonders schwieriges Jahr für die Union. Es war gekennzeichnet von einem erheblichen Haushaltsdefizit und von einer großen Verschuldung. Der Parteitag in Essen hat deshalb einen harten Sanierungskurs und eine Neuordnung des Finanzwesens beschlossen. Über die

ersten Ergebnisse konnte Ihnen bereits mein Vorgänger, Herr Cartellieri, vor einem Jahr in Dresden berichten.

Zu diesem Erfolg – das können Sie dem Rechenschaftsbericht 2000 entnehmen – haben beigetragen erhebliche Einsparungen, höhere staatliche Zuschüsse, aber vor allem auch die große Resonanz auf den Solidaritätsaufruf unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel. Weite Teile der Partei, weite Teile der Bevölkerung haben damals in ganz außergewöhnlichem Maße die Partei unterstützt. Damit war das Jahr 2000 sicherlich ein hoffnungsvoller Start in eine notwendige Konsolidierungsphase.

Es ist deshalb wichtig, dass die Maßnahmen, die damals in Essen beschlossen wurden – Personalabbau in der Bundesgeschäftsstelle, Kostenreduzierung, Einstellung des „Union Magazins“, reduzierter Wahlkampfetat, Sonderbeitrag der Kreisverbände –, auch im Jahre 2001 konsequent umgesetzt wurden. So konnten auch im Etat 2001 der Bundespartei die Planungen bei Einnahmen

und Ausgaben eingehalten und ein Überschuss erwirtschaftet werden.

Die notwendigen Voraussetzungen, die Verschuldung der Partei weiter zurückzuführen, sind damit gegeben.

Beseitigung des strukturellen Defizits

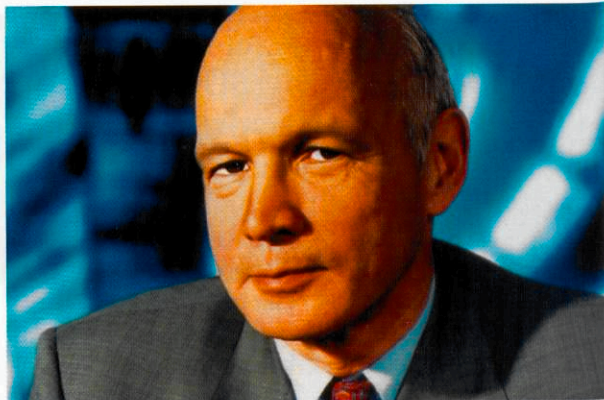
Dennoch musste die Partei am Ende des Jahres 2001 ein bilanzielles Defizit in Höhe von rund 10 Millionen DM ausweisen. Grund dafür sind Rückstellungen in Höhe von 30 Millionen DM, die wegen des laufenden Rechtsstreits über die Sanktionen des Bundestagspräsidenten sowie Kosten in diesem Zusammenhang gebildet werden mussten. Das sind aber aus heutiger Sicht nicht liquiditätswirksame, sondern ausschließlich bilanzielle Belastungen. Keiner von uns kann abschließend beurteilen, ob, wann und in welcher Höhe es zu einer Inanspruchnahme dieser Rückstellungen kommt. Wir gehen unverändert davon aus, dass diese Inan-

spruchnahme nicht erforderlich sein wird.

Unabhängig davon bleibt im Ergebnis festzuhalten, dass es durch diese Maßnahmen in den Jahren 2000 und 2001 gelungen ist, das strukturelle Defizit im Etat der Bundespartei von 16,5 Millionen DM zu beseitigen. Auch im Jahre 2002 gehen wir im Moment davon aus, dass unsere Vorgaben und unsere Haushaltspläne voll erreicht bzw. eingehalten werden und dass insbesondere auch der um ein Drittel reduzierte Wahlkampfetat der Bundespartei im Wesentlichen eingehalten werden konnte.

■ Spendenaufkommen positiv entwickelt

Lassen Sie mich bei dieser Situation ein Wort zu den Spenden sagen. Nach der großen Solidarität, die wir im Jahre 2000 erfahren haben – das kann man an dem vorliegenden Rechenschaftsbericht sehen –, war das Spendenaufkommen im Jahre 2001 deutlich zurückgegangen. Das kam vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussionen über die Union und auch zum Thema Parteispenden nicht ganz unerwartet. Umso erfreulicher ist es aber, dass sich das Spen-



denaufkommen im Jahre 2002, also in diesem Jahre, wieder deutlich nach oben entwickelt hat und auch über unseren Planungen und unseren Erwartungen liegt. Bei den Spenden ist interessant, dass es einige Großunternehmen gibt, die in ihren Organen mittlerweile Beschlüsse fassen, keine Parteispenden mehr zu leisten. Das empfinde ich aus der Sicht aller Parteien als bedauerlich, denn Parteispenden sind nicht nur zugelassen, sondern als Beitrag zur Entwicklung unseres Staatswesens ausdrücklich gewollt. Auch das am 28. Juni dieses Jahres verabschiedete Achte Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes bestätigt dies noch einmal nachdrücklich. Durch dieses Gesetz wurden die Vorschriften über die staatliche Finanzierung, über die Spenden und auch über die Rechenschaftslegung

von politischen Parteien grundlegend und umfassend reformiert.

■ Regelungen des neuen Parteiengesetzes

Durch die Novellierung des Parteiengesetzes ist auch eine Überarbeitung der Finanz- und Beitragsordnung der CDU zwingend notwendig geworden. Unsere Finanz- und Beitragsordnung ist in zahlreichen Punkten mit dem Parteiengesetz verknüpft. Der Ihnen vorliegende Änderungsvorschlag bringt unsere Beitragsordnung und unsere Satzung auf den Stand, der die ab dem 1. Januar 2003 geltende Gesetzeslage berücksichtigt. Noch einmal: Nach meiner Auffassung sind Spenden und bleiben Spenden ein wichtiger Teil der Parteienfinanzierung.

Es ist deshalb gut, dass die Rahmenbedingungen klar und gesetzlich geregelt sind. Das Schlüsselwort heißt Transparenz. Wir halten die Regelungen dieses Gesetzes für richtig und werden dafür sorgen, dass diese gesetzlichen Regelungen in der Union konsequent eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, gerade zur Bundestagswahl haben wir wieder viel Unterstützung erfahren. Dabei hat sich gezeigt, dass insbesondere die Spendenbereitschaft der Bürger sowie vieler kleinerer und mittlerer Unternehmen in der Breite zugenommen hat. Ich möchte deshalb diese Gelegenheit nutzen, mich bei allen Spendern der Union sehr herzlich für ihre Unterstützung zu bedanken.

Finanzlage nachhaltig verbessert

Für mich ist dies ein deutliches Zeichen, dass die CDU Vertrauen zurückgewonnen hat. Die Tatsache, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben und ein neu geordnetes und transparentes Finanzwesen geschaffen haben, das auch für andere Parteien durchaus als vorbildlich angesehen werden kann, hat dazu sicher einen maßgeblichen Beitrag geleistet. Es ist in den letzten drei Jahren also gelungen, die Finanzlage der Bundespartei nachhaltig zu verbessern. Wir liegen im Plan dessen, was wir uns vorgenommen haben. Wir wissen aber auch, dass erst die Hälfte der Wegstrecke erfol-

greich zurückgelegt worden ist. Deswegen müssen wir unseren Sanierungsplan bis zum Jahre 2005 mit allen seinen Einzelmaßnahmen konsequent zu Ende führen. Nur dann wird uns das gelingen, was wir uns vorgenommen haben, nämlich die Partei zu entschulden, eine gesunde finanzielle Basis für die politische Arbeit zu schaffen und die volle Wettbewerbsfähigkeit der Union zurückzugewinnen. Wir brauchen schließlich eine starke Union im Interesse unseres Landes. Ich bedanke mich bei allen, die mit großer Solidarität und Disziplin dazu beigetragen haben, dass wir uns auf einem guten Weg befinden, und bitte Sie herzlich, diesen eingeschlagenen Weg auch in Zukunft zu unterstützen.

BESCHLÜSSE DES 16. PARTEITAGS

Beschluss A2: Der CDU-Bundesvorstand beruft eine Arbeitsgruppe, die sich mit der inhaltlichen Positionierung der CDU in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland und in diesem Zusammenhang auch mit der zukünftigen Wahlkampf-führung unter den spezifischen Bedingungen der Großstädte befasst. Die Arbeitsgruppe hat bis in einem Jahr Ergebnisse vorzulegen.

Beschluss A3: Die CDU Deutschlands fordert die Kultusministerkonferenz auf, die bisher geltende rollierende Ferienregelung in Deutschland beizubehalten. Dies liegt im Interesse preiswerter Familienferien und stärkt die Tourismuswirtschaft in unseren Ferienregionen.

Beschluss B1: Die Finanz- und Beitragsordnung der CDU (FBO) vom 17. November 1969, zuletzt geändert am 4. Dezember 2001, wird geändert.

Der vollständige Beschluss erscheint in der Dokumentation des UiD Nr. 37. Bereits jetzt einzusehen auf den Parteitagssonderseiten auf www.cdu.de

HARTMUT NASSAUER:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im EP

Die Schlussphase der Erweiterungsverhandlungen und die Konkretisierung der Arbeiten des EU-Konvents haben die europäische Politik in der Berichtsphase geprägt.

Die Aufnahme zehn neuer Mitglieder in die Europäische Union und die Erarbeitung eines Verfassungsvertrages werden das Gesicht des Kontinents nachhaltig verändern. Die neue europäische Ordnung, deren Aufbau mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums 1989 in Angriff genommen wurde, gewinnt Gestalt.

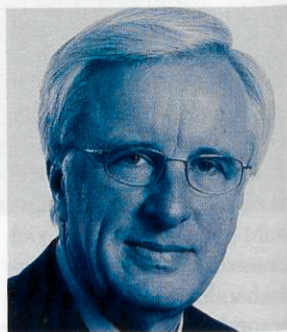
EU: Rot-Grün verspielt Einfluss

In beiden Politikfeldern - Erweiterung und Konvent - hat die rot/grüne Bundesregierung deutschen Einfluss verspielt oder nicht wahrgenommen. Die Erweiterungsverhandlungen über die Agrar-, Struktur-, und Finanzpolitik waren von deutschen Bremsversuchen begleitet und mündeten in einen von Bundeskanzler Schröder persönlich ver-

antworteten Agrarkompromiss, von dem die Financial Times urteilt, Schröder habe wohl nicht verstanden, wie Chirac ihn ausgetrickst habe. Auch im europäischen Tagesgeschäft prägen zum Nachteil deutscher Interessen mangelndes Engagement und handwerkliche Fehler das Handeln der Bundesregierung. Die Diskussion um den Stabilitätspakt und die Richtlinie für die Einrichtung eines Emissionszertifikatehandels bieten dafür gewichtige Beispiele.

EU-Erweiterungsverhandlungen

Der erfolgreiche Ausgang des zweiten irischen Referendums zur Ratifikation des Vertrags von Nizza öffnet formal den Weg für den Beitritt der zwölf Staaten Mittel- und Osteuropas, sowie Maltas und Zyperns, mit denen derzeit Beitrittsverhandlungen geführt werden. Was Anfang der 90er Jahre unter maßgeblichem Einfluss von Helmut Kohl in die Wege geleitet worden ist, kann in kurzer Zeit Wirk-



lichkeit werden: Die Vereinigung des europäischen Kontinents, die nach Ende des 2. Weltkriegs die damaligen Sowjetunion unter Stalin verhindert hat. Jetzt entsteht ein einheitlicher Wirtschaftsraum mit mehr Einwohnern, mehr Landfläche und mehr Potenzial als der US-amerikanische Markt. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Erweiterung der Europäischen Union nach Osten für unser Land, das bisher am Rand der EU gelegen hat, muss an dieser Stelle nicht erläutert werden. Inzwischen steigt auch die Zustimmung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Vorhandene Ängste haben sich als überzogen herausgestellt, wie zum Bei-

spiel die Furcht vor der Überschwemmung unserer Arbeitsmärkte. Aktuelle Daten zeigen, dass die Freizügigkeit keine Einbahnstraße ist. Heute arbeiten mehr Deutsche in der Tschechischen Republik als Tschechen in Deutschland. Das „Ob“ der Vereinigung Europas ist unstrittig, über das „Wie“ ist zu reden.

Fahrplan der EU-Erweiterung

Der Fahrplan steht: Beim Gipfel im Dezember in Kopenhagen sollen die Verhandlungen mit zehn Ländern (Bulgarien und Rumänien müssen noch warten) abgeschlossen, am 16. 4. 2003 die Beitrittsverträge in Athen unterzeichnet und dem Europäischen Parlament zur Zustimmung vorgelegt werden. Nach den Ratifizierungsverfahren und z.T. Referenden in den alten und neuen EU-Staaten sollen die Europawahlen 2004 im erweiterten Europa stattfinden. Auf dem Weg zum Abschluss der Verhandlungen gibt es keine unüberwindlichen Hindernisse, aber beträchtliche Stolpersteine, die zumindest den Fahrplan ins Wanken bringen können. Die einzelnen Verhandlungskapitel,

die vorläufig zwischen der verhandelnden Kommission und den Erweiterungskandidaten geschlossen wurden, sehen ca. 200 Ausnahmeregelungen vom aktuellen Besitzstand der nach dem Beitritt anzuwendenden europäischen Regelungen vor. Fraglich ist, ob alle Ausnahmen gerechtfertigt sind. Die neuen Mitglieder müssen die Verpflichtungen aus einer EU-Mitgliedschaft genauso tragen wie die Altmitglieder.

Aufbau funktionsfähiger Verwaltungsstrukturen

Die CDU/CSU-Gruppe weist kritisch darauf, dass das zu übernehmende EU-Recht nicht nur umgesetzt, sondern auch tatsächlich vollzogen werden muss. Hierzu ist der Aufbau funktionsfähiger Verwaltungsstrukturen unabdingbar. Auf diese seit Jahren vorgetragenen Bedenken ist die Kommission mit der Ankündigung eines verstärkten „Monitoring“ und entsprechender „Schutzklauseln“ ab der Unterzeichnung der Beitrittsverträge eingegangen. Insbesondere an der Erfüllung dieser Zusage wird die CDU/CSU-Gruppe die Kommission im Rahmen des Beitrittsprozesses messen.

Zypernfrage

Politisch bedeutsam könnte für die Endphase die Zypernfrage werden. Bisher ist es trotz erheblicher Vermittlungsversuche nicht gelungen, zwischen den griechischen und den türkischen Zyprioten ein für beide Seiten akzeptables Verhandlungsergebnis und den Beitritt der gesamten Insel zur Europäischen Union zu erreichen. Die Türkei benutzt den nordzypriotischen Teil als Faustpfand für ein weiteres Entgegenkommen der Europäischen Union im Hinblick auf die Eröffnung von konkreten Beitrittsverhandlungen. Im Falle eines Beitritts von ganz Zypern zur Europäischen Union, wie es derzeit geplant ist, droht die Türkei mit der Annektierung des türkischen Inselteiles. Ein solcher Konflikt müsste die EU ebenso wie die NATO erheblich belasten.

Verhältnis zur Türkei

Erneut stellt sich die Frage nach dem richtigen Weg im Verhältnis zur Türkei. Die vor allem von der rot/grünen Bundesregierung auf dem Helsinki-Gipfel 1999 betriebene Verleihung eines vom Vertragswerk gar nicht vor-

gesehenen Beitrittskandidatenstatus für die Türkei war ein Weg in die Sackgasse, der das Verhältnis zu dem herausragend wichtigen südöstlichen Bündnispartner nicht stabilisiert sondern belastet hat. Die von den damaligen Befürwortern dieses Beschlusses insgeheim gehegte Erwartung, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen werde sich mangels türkischer Beitrittsreife in absehbarer Zeit nicht stellen, zeugt von fataler Oberflächlichkeit wie auch von unangemessenem Umgang mit dem Bündnispartner. Die CDU/CSU-Gruppe bekräftigt ihre Haltung, wonach die EU mit dem wichtigen Verbündeten Türkei eine privilegierte Partnerschaft unterhalb des Beitritts begründen muss. Als Partner an der Seite der EU ist die Rolle der Türkei gewichtiger als die eines unter 26 EU-Mitgliedern.

Unabhängig davon ist die Türkei trotz einiger Fortschritt von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien weit entfernt und damit nicht beitragsreif. Nach wie vor spielt das Militär eine mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbare Rolle. Die angedrohten Strafverfahren gegen die parteinahen deutschen Stiftungen wegen des Vorwurfs der Spionage und der Gefähr-

dung der Einheit des Staates erinnern an totalitäre Gepflogenheiten im ehemaligen Ostblock.

Inzwischen scheint auch in der Kommission die Erkenntnis Platz zu greifen, dass die Entscheidung von Helsinki ein Fehler war, weil das Versteckspiel hinter den Kopenhagener Kriterien allseits, vor allem auch von der Türkei, durchschaut ist. Notwendig ist eine ebenso offene wie freundschaftliche Diskussion mit der Türkei über eine stabile Partnerschaft, die beiden Seiten gerecht wird. Dass der deutsche Bundeskanzler gerade in einer Zeit der Besinnung auf die türkeipolitische Realität den Beginn von Vertragsverhandlungen vorschlägt, zeigt einmal mehr die Grundsatzlosigkeit seiner Politik: Nicht das Verhältnis zur Türkei ist im Blick, sondern der den USA zu entrichtende Preis für die unsägliche Belastung des Verhältnisses zum wichtigsten politischen Partner der Deutschen im Bundestagswahlkampf.

Europäische Union als Wertegemeinschaft

Dass die EU nicht nur ein Binnenmarkt, sondern auch eine Wertegemeinschaft ist, ist in der Schlussphase der

Erweiterungsverhandlungen auch im Verhältnis zu den Tschechen ins Blickfeld geraten. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der Menschenrechte und Achtung der Grundprinzipien des Völkerrechts gehören zum Grundbestand dieser europäischen Wertegemeinschaft. Soweit die tschechische Regierung die kollektive Vertreibung der Deutschen und Ungarn am Ende des 2. Weltkrieges auch in der Gegenwart rechtfertigt, ja als friedensstiftende Notwendigkeit preist, und an der Straffreistellung schwerster Verbrechen entgegen allem Völkerrecht und den Prinzipien des Art. 6 EU-Vertrag festhält, sind Zweifel an dem Integrationswillen Tschechiens und damit an seiner Beitrittsreife begründet. Die CDU/CSU-Gruppe fordert entschieden, dass die tschechische Regierung vor der Entscheidung über den Beitritt ihr Verhältnis zu den europäischen Rechtsprinzipien klärt.

EU-Konvent

Der Vertrag von Nizza, der nach dem zweiten irischen Referendum nun in Kraft treten wird, hat von Anfang an herbe öffentliche Kritik erfahren. Seine wich-

tigsten Ziele, Verbesserung der Handlungsfähigkeit und Abbau des Demokratiedefizits zur Herstellung der Erweiterungsfähigkeit der EU, wurden verfehlt. Unmittelbar nach dem Gipfel von Nizza haben erstmals Christdemokraten beim EVP-Kongress in Berlin die Einrichtung einer transparenten und offenen Verhandlungsform in Gestalt eines Konvents für eine erweiterungstaugliche Reform der europäischen Verträge gefordert.

Nun ist der EU-Konvent, zusammengesetzt aus Vertretern der nationalen Regierungen und Parlamente sowie der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, Wirklichkeit geworden und hat im Frühjahr diesen Jahres seine Arbeit aufgenommen. Er soll ein europäisches Verfassungswerk aus einem Guss für die nächste Regierungskonferenz im kommenden Jahr vorbereiten. Den bisher europaweit detailliertesten und konkretesten Vorschlag dazu hat im Vorfeld des EU-Konvents die Schäuble-Bocklet-Arbeitsgruppe der Unionsparteien vorgelegt. Deren Arbeiten flossen in das sog. Schäuble-Martens-Papier auf Ebene der Europäischen Volkspartei ein und konnten im wesentlichen beim EVP-Kongress vor drei

Wochen gegen interne Widerstände durchgesetzt werden. Die EVP hat damit erneut ihren Anspruch als führende europäische Parteienfamilie deutlich gemacht.

Das Präsidium des Konvents hat vor zwei Wochen eine erste Grobgliederung für den Verfassungsentwurf vorgelegt. Bis zum Frühjahr nächsten Jahres soll das Gerüst mit den entsprechenden Inhalten ausgefüllt werden. Europa steht am Scheideweg zwischen einer zwischenstaatlich geprägten Union der Regierungen oder einer demokratisch legitimierten und kontrollierten Union der Bürger, zwischen der „Methode Metternich“ und der „Methode Monnet“, wie der EVP-Konventsobmann Elmar Brok MdEP treffend formuliert hat. Soll ein von den Staats- und Regierungschefs ohne unmittelbare Mitwirkung eines Parlaments ernannter Ratspräsident für die EU handeln oder ein vom Europäischen Parlament gewählter und vom Rat bestätigter Kommissionspräsident? Die CDU/CSU-Gruppe wird alle Möglichkeiten nutzen, um einer entschieden gemeinschaftsorientierten, demokratisch-legitimierten Struktur des neuen Verfassungswerkes Unterstützung zu geben. Demokratische Qua-

lität und deutliche Kompetenzabgrenzung zu den Mitgliedstaaten werden über den Erfolg von Konvent und nachfolgender Regierungskonferenz entscheiden.

Ihre dilettantische Geringschätzung des Konventsgeschehens hat die Bundesregierung bisher auch mit der Benennung ihres Vertreters in diesem Gremium offenbart. Mit Prof. Glotz hatte sie zwar einen ehrenwerten Namen präsentiert, der jedoch das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland in die Verhandlungen nicht einbringen konnte und wohl auch nicht sollte. Angesichts der Bedeutung der Aufgabe war dies ein Fehlgrieff, der nunmehr mit der Benennung von Bundesaußenminister Fischer korrigiert worden ist. Fischer wird nun Gelegenheit haben zu beweisen, dass er die demokratische Ausrichtung der EU nicht nur in privaten Reden an der Humboldt-Universität beschreiben, sondern auch im Verhandlungsalltag des Konventes umsetzen kann.

Europäischer Stabilitätspakt

Die rot/grüne Bundesregierung ist auf dem besten Wege, eine der großen Er-

rungenschaften deutscher Europapolitik zu verspielen: den Stabilitätspakt. Noch im Frühjahr wurde durch massive Pressionen der Bundesregierung eine vollauf berechnete Verwarnung der Europäischen Kommission („blauer Brief“) im Finanzministerrat verhindert. Nach der Bundestagswahl musste die desolante Haushaltssituation Deutschlands auch regierungsamtlich eingestanden werden. Die vertragswidrigen Anstrengungen der Bundesregierung zur Aushebelung des Stabilitätspaktes haben diesen Grundpfeiler der Stabilität des Euro sichtbarlich beschädigt. Kommissionspräsident Prodi hat mit seiner an Torheit nicht zu überbietenden Äußerung über den „dummen“ Stabilitätspakt der sabotierende Politik der Bundesregierung Vorschub geleistet. Es steht zu befürchten, dass die unter der Regierung Kohl und mit großem Einsatz des damaligen Bundesfinanzministers Theo Waigel auf europäischer Ebene durchgesetzte Stabilitätspolitik, wie sie im Maastrichter Vertrag und in den Abreden zum Stabilitätspakt vereinbart worden ist, nachhaltig beschädigt wird. Der wichtigste Teiler der europäischen Wirtschaftsverfassung, eine europäisch er-

zwungene nachhaltige Finanzpolitik der Mitgliedstaaten, wird in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigt. Gerade im Vorfeld der EU-Osterweiterung geht Deutschland gegenüber den jungen Demokratien in den Kandidatenländern mit schlechtem Beispiel voran.

Bundesfinanzminister Eichel hat deswegen eine Verwarnung im Frühjahr dieses Jahres abwenden können, weil er versprochen hatte bis zum Jahre 2004 einen „nahezu“ ausgeglichenen Haushalt zu schaffen. Jetzt ist vom Jahr 2006 die Rede. Bald wird auch dieses Versprechen nichts mehr wert sein zugunsten einer als „antizyklische Konjunkturpolitik“ verbrämten Schuldenpolitik und zu Lasten der nachfolgenden Generationen.

Rot-grünes EU-Chaos

Auch das unmittelbare politische Handeln der rot/grünen Bundesregierung in den europäischen Gremien offenbart handwerkliche Fehler und Abstimmungsprobleme. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist der Richtlinienentwurf der Umweltkommissarin Wallström zum Emissionszertifikatehandel. Der Vorschlag sieht ab 2005 einen verpflichten-

den europaweiten Handel mit Emissionszertifikaten vor, die von der Europäischen Kommission einzelnen Anlagen zugeteilt werden sollen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass europäische Verpflichtungen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen im Rahmen des international vereinbarten Kyoto-Protokolls eingehalten werden können, d.h. dass konkret eine Reduzierung von 8 Prozent bis 2012 im Verhältnis zu 1990 auf Grundlage einer EU-internen Lastenteilung erzielt wird. Deutschland hat durch eine freiwillige Vereinbarung der deutschen Industrie die vereinbarten Emissionsziele nahezu vollständig erreicht. Andere EU-Staaten haben dagegen ihre Hausaufgaben nicht gemacht und liegen weitab der Zielvorgaben. Durch den Kommissionsvorschlag würde das erfolgreiche deutsche System ausgehebelt. Er hätte massive Auswirkungen auf die deutsche Energieerzeugungsstruktur, die von dem Kernenergieausstieg ohnehin belastet ist. Der Wirtschaftsstandort Deutschland würde erneut belastet. Die CDU/CSU-Gruppe steht uneingeschränkt hinter dem Ziel der Emissionsbegrenzung. Der Emissionszertifikatehandel

darf aber das erfolgreiche Instrument der freiwilligen Vereinbarungen nicht ausschließen, sondern sollte es ergänzen. Für dieses „opting out“ vermisst die CDU/CSU-Gruppe die tatkräftige Unterstützung dieser eminent wichtigen deutschen Position durch die Bundesregierung, die bisher noch nicht einmal zu einer einheitlichen Haltung gefunden hat. Bundeskanzler Schröder hat vielmehr zugelassen, dass Umweltminister Trittin und der bisherige Wirtschaftsminister Müller gegensätzliche Positionen vertreten haben. So sind wichtige Vorabentscheidungen auf Beamtenebene ohne deutsche Beteiligung zustande gekommen. Im rot/grünen Koalitionsvertrag wird nun eine Reduzierung für Europa i.H.v. 30 Prozent bis 2020 vorgeschlagen. Deutschland soll dabei seinen Ausstoß um 40 Prozent verringern. Der Industriestandort Deutschland dürfte dann eine historische Reminiscenz sein.

Europawahlen 2004

Die nächste allgemeine Wahl in Deutschland ist die Europawahl im Jahre 2004. Schon der möglichen Teilnahme neuer Mitgliedslän-

der wegen wird sie ein hohes Interesse erregen. Die Unionsparteien werden eine gute Chance haben, ihre Stellung als die führenden Europaparteien der Bundesrepublik zu verteidigen. Die rot/grüne Bundesregierung hat bisher deutsche Interessen mangelhaft vertreten, ein immenses, von Unionsregierungen in vielen Jahren erarbeitetes Vertrauenskapital verspielt und Deutschland in den Ruf des „kranken Mannes“ Europas gebracht. Dabei wird immer offenkundiger, dass entscheidende Weichen für die deutsche Politik auf europäischer Ebene gestellt werden. Der Bundestag wird in seiner Gesetzgebungsarbeit immer mehr von EU-Vorgaben beeinflusst. Die Fakten belegen dies eindeutig: Zwischen 1990 und 1998 wurden 255 Bundesgesetze zur Umsetzung europäischer Richtlinien verabschiedet, ein Viertel aller in Kraft getretenen Gesetze. Im Agrarsektor wird jedes zweite neue Gesetz direkt durch EU-Recht beeinflusst, im Wirtschaftsbereich fußen rund ein Drittel aller in den neunziger Jahren beschlossenen Gesetze auf Beschlüssen der EU. Seit in Kraft treten des Amsterdamer Vertrages 1999 spielt das Europäische Parlament dabei

im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens eine immer wichtiger werdende Rolle.

Dem europäischen Erbe verpflichtet

Damit wächst der Abstimmungsbedarf zwischen CDU/CSU-Gruppe und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (und den B-Ländern im Bundesrat) vor der endgültigen Entscheidung im Europäischen Parlament. Mindestens bei grundsätzlich wichtigen europäischen Gesetzgebungsschritten erscheint eine enge Koordination der jeweiligen politischen Entscheidungen ratsam, damit von der Richtlinienentscheidung im Europäischen Parlament bis zur Umsetzung europäischen Rechts im Deutschen Bundestag die Unionsparteien geschlossen handeln.

Die CDU/CSU-Gruppe als mit Abstand größte nationale Delegation innerhalb der Fraktion der Europäischen Volkspartei wie des gesamten Europäischen Parlaments weiß sich dem europäischen Erbe der Unionsparteien verpflichtet und wird mit Augenmaß für die deutschen Interessen und mit Leidenschaft für die Vollendung der europäischen Einigung arbeiten.

„Dieser Kanzler braucht die Rote Karte!“

Mein Gruß und meine Gratulation gilt heute zuallererst der bisherigen und neuen Vorsitzenden der CDU, Angela Merkel, sowie den wiedergewählten und neu gewählten Mitgliedern des Führungsteams.

Liebe Frau Merkel! Ich gratuliere Ihnen persönlich und im Namen der CSU zu Ihrem überzeugenden Wahlergebnis. Es ist Ausdruck der Anerkennung für Ihre Glaubwürdigkeit, Durchsetzungskraft und Geradlinigkeit. Dieser großartige Vertrauensbeweis ist vor allem aber auch eine hervorragende Basis, die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern.

Lassen Sie mich einen ganz besonderen persönlichen Dank zum Ausdruck bringen: Danke an Sie alle für Ihre engagierte Unterstützung im Bundestagswahlkampf. Danke Angela Merkel, Danke Friedrich Merz – herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag -, Danke Generalsekretär Laurenz Meyer und seiner Mannschaft im Konrad Adenauer-Haus, Danke al-

len Bundestagsabgeordneten und Kandidaten, Danke den Landesverbänden und ihren Vorsitzenden, den vielen tausend Orts- und Kreisverbänden, den vielen hunderttausend Mitgliedern in ganz Deutschland.

Der Wahlkampf war hart, aber es hat Freude gemacht zu erleben, mit welcher Kraft und Geschlossenheit die Union gemeinsam kämpfen kann und gemeinsam gekämpft hat.

Hoher Wert für die Zukunft

Was wir uns in diesem Wahlkampf erarbeitet haben, ist von hohem Wert für die Zukunft:

■ Wir haben uns inhaltlich und programmatisch eine feste Grundlage für die nächsten Jahre geschaffen.

■ CDU und CSU treten an mit neuem Selbstvertrauen, mit neuer Kraft, neuer Stärke, neuer Zuversicht. Trotz Verkleinerung des Bundestags stellen wir mehr Abgeordnete als 1998.

■ Und wir haben eine einzigartige Geschlossenheit

des bürgerlichen Lagers erreicht, den engen Schulterchluss von CDU und CSU.

Jetzt kommt es entscheidend darauf an, dies zu bewahren. Nur gemeinsam – eine stabile, geschlossene CDU, Seite an Seite mit einer starken, verlässlichen CSU – können und werden wir die bürgerliche Mitte wieder zur stärksten Kraft in Deutschland machen.

Natürlich müssen wir das Wahlergebnis genau analysieren, aus Fehlern lernen, Schwachstellen beseitigen. Aber Helmut Kohl hat recht, wenn er sagt: „Man muss keine leidvolle Strategiedebatte führen.“ (FAS, 10. 11. 02). Die Zahl der von Schröder und Rot-Grün Enttäuschten ist so groß wie nie. Diese Menschen müssen wir ansprechen. Mit unserem Programm. Das ist unsere Chance für neue Mehrheiten in Deutschland. Das Signal aus Hannover heißt: Jetzt erst recht, mit Zuversicht und Kampfkraft. Wir packen an für Deutschland!

Sechs Wochen nach der Bundestagswahl, zwei Wochen nach der müden und trostlosen Regierungserklä-

Die Meinung des Bundeskanzlers herrscht in Deutschland eine politische Stimmung, wie ich Sie so noch nie erlebt habe.

Bittere rot-grüne Realität

Die Meinung der deutschen und internationalen Medien ist fast einmütig: Rot-Grün hat einen katastrophalen Fehlstart hingelegt. Das ist die Quittung für den unehrlichen Wahlkampf von Rot-Grün!

Selten zuvor nach einer Wahl habe ich erlebt, dass wildfremde Menschen auf mich zukommen und mir versichern, CDU und CSU gewählt zu haben. Bei vielen ist das sicher richtig, denn wir hatten ja ein respektables Ergebnis. Und nicht wenige wünschen sich heute, sie hätten uns gewählt. Allen diesen Menschen sage ich: Jammern allein genügt nicht! Jeder hat die Möglichkeit, etwas zu tun!

Und an unsere Adresse sage ich: Wir müssen jetzt aktiv um alle Enttäuschten in Deutschland kämpfen, sie überzeugen von unserem Programm für eine bessere Politik in Deutschland.

Wir müssen den Menschen sagen: Es kommt nicht auf Worte an, es kommt auf die Taten, auf die Fakten an.



Vor der Wahl haben die Menschen von Rot-Grün schöne Worte gehört, vielleicht schönere als von uns. Aber am 01.01.2003 kommt die bittere rot-grüne Realität: 200 bis 300 Euro jeden Monat weniger im Geldbeutel der deutschen Durchschnittsfamilie. Rot-Grün redet vorher schöner und macht nachher alle ärmer. Das müssen wir den Menschen sagen.

Die erste wichtige Gelegenheit zur Abrechnung sind die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen. Sie sind auch Abrechnung mit der rot-grünen Katastrophe in Deutschland.

In Berlin herrscht doch das blanke Chaos!

Das Hartz-Konzept sollte zunächst „eins zu eins“ verwirklicht werden. Dann aber wieder doch nicht, weil sich die Gewerkschaften beschwert haben. Was gilt

denn jetzt, Herr Schröder?

Rot-Grün erklärt: Gewinne aus Aktien, die zum Beispiel der Sicherung des Lebensabends dienen, sollen künftig härter besteuert werden. Aber keiner weiß, wie, wann, wo und wie viel. Das bringt doch den ganzen Aktienmarkt durcheinander.

Erst heißt es, die Eigenheimzulage wird radikal zusammengestrichen. Jetzt wird zurück gerudert.

Rot-Grün erklärt: Die Firmenwagensteuer soll verdoppelt werden. Dann erschrickt der Autokanzler, die Verdoppelung wird kurzer Hand halbiert. Und jetzt wird die Halbierung der Verdoppelung erneut in Frage gestellt.

Diese Regierung hat bisher vor allem eins zustande gebracht: Schaden gestiftet und die Menschen verunsichert.

Lethargie statt Aufbruchstimmung

Keiner in Deutschland weiß doch, woran er eigentlich ist. Unternehmen investieren erst mal nicht, Privathaushalte warten ab. Das schafft keine Aufbruchstimmung, sondern Lethargie, Resignation und Pessimismus!

Schröder fällt nichts mehr ein. Keine Visionen, keine Ideen, keine Konzepte. Selbst die besseren Sätze seiner Regierungserklärung hat er von Willy Brandt geklaut.

Ich sage hier ganz deutlich an die Adresse von Herrn Schröder: Sie mögen zwar Kanzler geblieben sein, aber Sie haben nicht die Fähigkeit, Deutschland gut zu regieren.

Das Ketchup-Lied bringt das Regierungshandeln von Gerhard Schröder trefflich auf den Punkt: „Was du heute kannst versprechen, darfst du morgen wieder brechen.“

Rot-grüner Wahlbetrug

Was Rot-Grün jetzt aufführt, ist der größte Wahlbetrug in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland!

■ Zwei Wochen vor der Wahl verspricht Schröder: Keine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Jetzt steigen Renten- und Gesundheitsbeiträge auf Rekordhöhen.

■ Eine Woche vor der Wahl garantiert er: Deutschland bleibt bei der Neuverschuldung unter 3,0 %. Jetzt sind wir schon bei 3,7 %. So viel hatten wir noch nie.

■ Und Schröder wäre nicht Schröder, wenn er nicht auch noch Nach-Wahlversprechen brechen könnte: Eine Woche nach der Wahl hat er, wie auch schon im ganzen Wahlkampf, feierlich gelobt: Keine Steuererhöhungen. Jetzt will er die de facto größte Steuererhöhung in der bundesdeutschen Geschichte durchdrücken.

Und Schröders Statthalter hier in Hannover räumt geradezu zynisch ein, dass die SPD die Menschen in Deutschland wissentlich belogen hat. Sigmar Gabriel sagt: „*Die Wahrheit vor der Wahl – das hätten Sie wohl gerne gehabt.*“ (auf einer Pressekonferenz am 30. 09. 2002 zu den rot-grünen Steuererhöhungsplänen. Rheinische Post, 01. 10. 02)

Das zeigt die ganze Schamlosigkeit und Skrupellosigkeit von Schröder und seinen Genossen. Diese Regierung hat sich an die

Macht geschwindelt und gelogen.

Und wie reagiert Bundeskanzler Schröder, wenn man ihn mit seinen Lügen konfrontiert – im Bundestag, im Bundesrat? Er erklärt nicht, er rechtfertigt nicht, er entschuldigt nicht. Nein: Er schweigt. Er grinst.

Rote Karte für den Kanzler

So nicht! Das lassen wir nicht in Vergessenheit geraten. Dieser Kanzler braucht die Rote Karte! Und dieser Kanzler wird schneller als er glaubt die Rote Karte bekommen.

14 Millionen Menschen in Deutschland haben stellvertretend für das ganze Land sehr rasch die Chance, ihm die rote Karten zu zeigen. Die Landtagswahlen in Hessen und in Niedersachsen am 02. Februar sind auch eine Abstimmung über den rot-grünen Wahlbetrug in Berlin! Schröder wird das Grinsen noch vergehen!

Diese Bundesregierung hat jede Glaubwürdigkeit verloren. Sie ist unglaublich und unzuverlässig – mit schlimmen Folgen für unser Land.

■ Wie kann denn ein Staat vom Bürger Ehrlichkeit einfordern, bei der Steuerer-

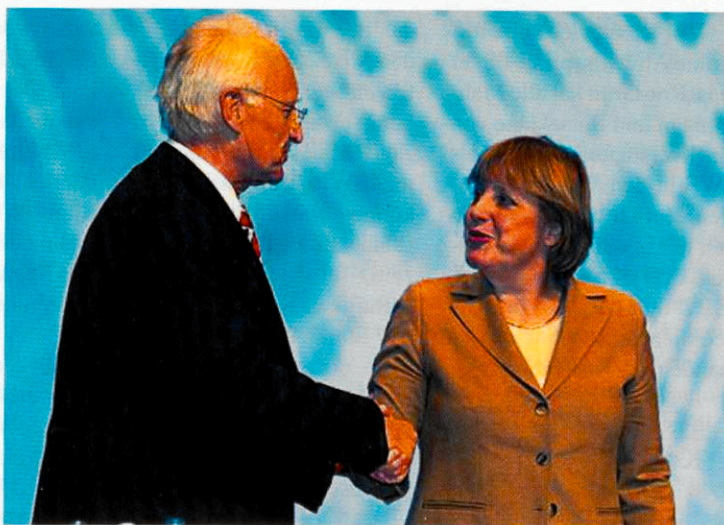
klärung, bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit, bei Zeugnisaussagen, wenn an der Staatsspitze getäuscht und gelogen wird, wenn Versprechen am laufenden Band gebrochen werden?

■ Wie kann denn eine Bundesregierung in schwierigen Zeiten vom Bürger Akzeptanz

einschneidender Entscheidungen erwarten, wenn sie vorher massiv Vertrauen zerstört? Akzeptanz braucht doch Vertrauen.

Und Deutschland steht vor solchen schwierigen Entscheidungen. Jetzt erst rücken Schröder und Eichel scheinbar mit der Wahrheit heraus. Jetzt zeigt sich in Kenntnis der ungeschminkten Fakten: Die Lage ist noch viel dramatischer, als zu befürchten war! Heute stellen viele fest: Deutschland ist ein Sanierungsfall.

■ Deutschland droht der Finanz-Kollaps. Die öffentlichen Haushalte sind pleite. Am Mittwoch kommt die neue Steuerschätzung, bis zu 30 Milliarden Euro weniger als geplant stehen durch-



aus zu befürchten!

■ Im Oktober hatten wir die höchste Arbeitslosigkeit seit fünf Jahren.

■ Und wir sind immer noch Wachstumsschlusslicht in Europa.

Rot-grüne Abwärts- spirale

Weniger Wachstum führt zu immer mehr Arbeitslosen. Die Massenarbeitslosigkeit führt zu Steuerausfällen und Beitragsausfällen. Und dann zu Steuererhöhungen und Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge. Und die Steuer- und Abgabenerhöhungen von Rot-Grün würgen die Binnennachfrage ab. Das wiederum heißt: weniger Wachstum und mehr

Arbeitslose! Und so weiter und so weiter! Das ist eine Abwärtsspirale.

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum – das ist der Dreh- und Angelpunkt, darauf haben wir im Wahlkampf immer hingewiesen. Und heute ist jedem klar, wie Recht wir hatten. Deshalb müssen wir alles tun, damit die Wirtschaft in Deutschland wieder wächst, damit mehr Arbeitsplätze entstehen, damit die Menschen wieder Sicherheit empfinden, für ihre Familie, für Alters- und Krankheitsvorsorge, damit Arbeitslose wieder Perspektiven sehen, damit junge Menschen vor allem in den neuen Ländern eine Zukunft in ihrer Heimat haben. Das ist die Ethik des Wachstums.

Wir haben vier Jahre rot-grüne Abwärtsspirale hinter uns. Rot-Grün hat alle Mahnungen und Ratschläge von Sachverständigenrat bis IWF in den Wind geschlagen. Rot-Grün hat den Karren tief in den Dreck gefahren. Und jetzt sagen sie, wir, CDU und CSU, könnten ja letztlich auch nicht anders handeln als Rot-Grün.

Kontrastprogramm zu Rot-Grün

Dazu sage ich ganz klar: Wir hätten nicht nur anders handeln können, wir hätten anders handeln müssen. Denn die ganze Richtung von Rot-Grün stimmt nicht! Der rot-grüne Weg führt noch tiefer in die Krise. Unser Programm ist und bleibt ein Kontrastprogramm zu Rot-Grün! Das erkennen mehr und mehr Menschen.

Rot-Grün setzt auf mehr Staat, mehr Steuern, mehr Abgaben, mehr Umverteilung. Das bremst die wirtschaftliche Dynamik, lähmt die Leistungskräfte. Die Folge ist weniger Wohlstand! Weniger soziale Sicherheit! Weniger soziale Gerechtigkeit!

Wir dagegen setzen auf Leistung, Wachstum, Eigenverantwortung. Wir müssen die Dynamik und

die Leistungskräfte, die in den Menschen stecken, entfesseln. Das war Schwerpunkt unseres Wahlkampfes. Zu Recht! Denn nur mit mehr Wirtschaftswachstum können wir unseren Wohlstand erhalten und gleichzeitig für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Das ist die Ethik des Wachstums. Nur ein leistungsfähiges Land kann dauerhaft auch denjenigen soziale Sicherheit bieten, die selbst weniger leisten können.

Anstrengender Weg

Natürlich ist unser Weg oft unbequem, anstrengend und schwierig. Underwürde wegen der katastrophalen Lage länger dauern, als wir uns es im Wahlprogramm, ohne Kenntnis der wahren Zahlen, vorgestellt haben. Aber er ist letztlich der einzige Weg aus der jetzigen schwierigen wirtschaftlichen Lage.

- Wir stehen für solide Finanzpolitik. Wenn die Einnahmen wegbrechen, ist es doch die erste Pflicht, mehr zu sparen, gerade bei Subventionen. Rot-Grün macht mehr Schulden und erhöht Steuern. Obwohl jeder weiß: Steuererhöhungen sind Gift für die Konjunktur.
- Wir müssen die Eigen-

verantwortung vor allem in der Sozialversicherung stärken. Das heißt in der Gesundheitsreform: Intelligente Wahlrechte für die Versicherten, auch bei den Tarifen. Weniger Bürokratie und mehr Wettbewerb unter den Kassen. Das kommt der Gesundheit der Menschen zu Gute.

In der Rentenversicherung erhöht Rot-Grün den Beitrag massiv auf 19,5 %. Die Zeche zahlen allein die Jungen. Das verhindert Eigenvorsorge, weil weniger Geld in der Tasche bleibt. Wir dagegen hatten einen demographischen Faktor eingeführt, der die Interessen von Jung und Alt gerecht ausgleicht. Das war mutig und zukunftsweisend. Rot-Grün hat das hat 1998 wieder abgeschafft.

- Wir wollen ernst machen mit Entbürokratisierung. Deutschland erstickt in Vorschriften, darunter leidet vor allem der Mittelstand. In den letzten vier Jahren sind unter Rot-Grün 400 Bundesgesetze und fast 1.000 Rechtsverordnungen dazu gekommen.
- Wir wollen den Arbeitsmarkt entfesseln. Rot-Grün setzt auch hier auf mehr Reglementierung, Gängelung und Vorschriften
- Wer arbeitet, muss mehr in der Tasche haben als

wenn er nicht arbeitet. Das heißt für uns: Fördern und Fordern, auch in der Arbeitsmarktpolitik.

■ Schröder geht mit dem Hartz-Konzept hausieren und preist es als Patentrezept für mehr Wachstum und Beschäftigung an. Der Chef der Industriegewerkschaft Bau-Schmoldt sagt dazu:

„Das Hartz Konzept bringt Arbeitslose lediglich in vorhandene Arbeit. Es ersetzt natürlich nicht eine aktive Wirtschaftspolitik zur Schaffung von Wachstum und damit neuen Arbeitsplätzen.“

(WamS, 10. 11. 02) (Zitat Ende). Recht hat er! Nur war das auch schon vor dem 22. September bekannt, das hätte der DGB seinen Mitgliedern schon auch ein wenig eher sagen können!

Unsere Grundsätze haben wir vor der Wahl vertreten. Dazu stehen wir auch nach der Wahl. Wir müssen nichts korrigieren. Das kann man alles nachlesen und das bleibt gültig. Unser realistischer und glaubwürdiger Wahlkampf wird sich in den Wahllokalen in Hessen und Niedersachsen auszahlen. Da wird mit Schröder abgerechnet.

Vor vier Jahren wollte Schröder wie Tony Blair mit New Labour in die „Neue

Mitte“: Statt linker Klassenkampf- und Umverteilungs-Programmatik: Leistung, Wettbewerb, weniger Staat.

Auch das war ein reiner Marketing-Gag. Mit der Politik, die er tatsächlich gemacht hat, hatte das nichts zu tun. Deshalb hat er viel Enttäuschung gerade in der sogenannten „Neuen Mitte“ hervorgerufen.

Hier war für ihn nichts zu gewinnen. Deshalb hört man von „Neuer Mitte“ schon lange nichts mehr. Schröder marschiert stramm nach links! Er macht heute die linkeste Politik aller europäischen Regierungschefs. Sein Ziel ist heute: statt neue Mitte alte Linke.

Oskar Lafontaine jubelt, er sagte jüngst: *„Das ist für mich wie Weihnachten.“* (Welt, 01. 11. 02)

Für Lafontaine mag Schröders Kurs ja wie Weihnachten sein, das Problem ist nur: Lafontaine kriegt den Linkskurs geschenkt, die Rechnung zahlen die Menschen mit neuen Steuern und Abgaben. Und diese Politik haben immer mehr Menschen satt.

Bei den Bundestagswahlen hat die SPD 1,7 Millionen Wähler gegenüber 1998 verloren. Und viele, die Schröder dieses Mal vielleicht noch eine Chance geben wollten, sagen sich an-

gesichts des Wahlbetrugs: Nie wieder!

Der Auftrag an uns

Wir haben die große Chance, mit einer modernen, auch an Werten und Grundsätzen orientierten Politik wieder Mehrheiten in der Mitte zu gewinnen. Das fällt uns aber nicht automatisch zu, wir müssen die Menschen überzeugen, von unseren Konzepten und unserem Programm. Diese Überzeugungsarbeit ist uns mit unterschiedlichem Erfolg gelungen. Im Westen mehr als im Osten, im Süden mehr als im Norden, in den Klein- und Mittelstädten mehr als in den Großstädten.

Christian Wulff hat Recht, wenn er sagt, dass wir die Union jetzt nicht neu erfinden oder umschminken müssen (BamS, 10.11.02). Wir haben kein Programmproblem, wir haben ein Vermittlungsproblem. Da müssen wir gemeinsam ran und nächstes Mal noch besser werden! Und ich sehe dafür gute Chancen!

Die Menschen, die uns noch kritisch gegenüber stehen, müssen wir von unserem Kurs überzeugen: Die Wirtschaft ist nicht alles, aber auf die Wirtschaft kommt es entscheidend an.

Das ist die Ethik des Wachstums. Denn auf den ökonomischen Grundlagen baut vieles auf: Unsere soziale Balance, Umwelt- und Verbraucherschutz, Kultur- und Bildungspolitik, die Sicherheitspolitik, die Familienpolitik.

Zukunftsorientierter Politikansatz

Das ist unser gemeinsamer richtiger, zukunftsorientierter Politikansatz.

■ Wir fördern den Willen zur Eigenverantwortung und Leistung als Ausdruck von Freiheit, aber auch als Grundlage für wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit. Wir trauen den Menschen etwas zu, denn der Glaube, dass der Staat alles leisten und garantieren kann, ist ein sozialistischer Irrglaube.

■ Wir stehen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit – nicht im Sinne einer ideologisch verblendeten, lähmenden Gleichmacherei, sondern auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes, das heißt: Mitmenschlichkeit und Sorge um die Würde und Persönlichkeit jedes Einzelnen, fördern aber auch fordern.

■ Wir kämpfen für die Bewahrung der Werte und Insti-

tutionen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: Ehe und Familie, Tradition, kulturelle Identität, Nation, gewachsene internationale Partnerschaften. Deshalb wollen wir weniger Zuwanderung und mehr Integration. Wir stehen für das Gleichgewicht zwischen Tradition und Fortschritt, zwischen Heimatverbundenheit und Weltoffenheit, zwischen Bewahren und Erneuern.

Glaubwürdige und verlässliche Politik

Und immer mehr Menschen verstehen diesen Politikansatz. Alle Umfragen sprechen doch eine deutliche Sprache: CDU/CSU liegen rund 10 Prozent vor der SPD, bei gut 45 %. (Emnid/Infra-test-dimap vom 07. 11.: 44 %, Forsa vom 06. 11.: 45 %).

Das zeigt auch: Das Gerüchte Schröders von seiner strukturellen Mehrheit und vom Lebensgefühl, das er angeblich besser anspricht als wir, ist Humbug! Keine Partei hat eine Mehrheit gepachtet. Die Wählerinnen und Wähler müssen bei jeder Wahl neu überzeugt und gewonnen werden, durch glaubwürdige, verlässliche, berechenbare und zukunftsorientierte Politik. Das ist unsere Aufgabe.

Landtagswahlen

Und damit werden wir im nächsten Jahr am 02. Februar anfangen:

■ Wir werden alles tun, damit Roland Koch seine erfolgreiche Politik in Hessen für Hessen fortsetzen kann.

■ Und wir werden kämpfen, dass hier in Hannover Christian Wulff und die CDU endlich anpacken kann für eine bessere Politik in Niedersachsen.

■ Wir werden am 25. Mai in Bremen dafür sorgen, dass die Segel mit einer starken CDU und mit Hartmut Perschau weiter auf Kurs Zukunft gesetzt bleiben.

■ Und im Herbst, als Abschluss des Wahljahres 2003, wird die CSU alles dafür tun, dass Bayern auch weiterhin gut regiert werden kann – glaubwürdig, verlässlich, berechenbar und zukunftsorientiert!

Diese vier Landtagswahlen sind auch Protestwahlen gegen Rot-Grün. Sie sind Gelegenheiten, Rot-Grün die rote Karte zu zeigen. Rot-Grün braucht Kontrolle im Bundesrat. Sie sind Bausteine auf dem Weg für eine bessere Politik für eine bessere Zukunft in Deutschland.

[http://](http://www.cdu.de)

Weitere Informationen:
www.cdu.de

FRIEDRICH MERZ:

Eichel – vom
Hansdampf in
allen Sackgassen
zum Buchhalter sei-
nes **Untergangs**



Zum Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Heute, am 13. November 2002, ist das Lügengebäude des Hans Eichel endgültig in sich zusammengebrochen. Nach der heutigen Steuerschätzung wächst die Neuverschuldung schon in diesem Jahr dramatisch. Der Bundesfinanzminister musste sich öffentlich zur Verfassungswidrigkeit seines Bundeshaushaltes bekennen, weil die Neuverschuldung die Höhe der Investitionsausgaben übersteigt. Am gleichen Tag kündigt die EU-Kommission die Eröffnung des Defizitverfahrens wegen Überschreitung der Defizit-Obergrenze des Sta-

abilitäts- und Wachstumspaktes um mindestens 0,7 Prozentpunkte an.

Der Finanzminister steht damit vor den Trümmern seiner Politik: Vormalig Hansdampf in allen Sackgassen, jetzt Buchhalter des eigenen Untergangs. Die Zahlen der Steuerschätzung und des Sachverständigengutachtens runden auf haarsträubende Weise die Chronik genau der angekündigten Katastrophe ab, die die Bundesregierung bis zum 22. September, 18 Uhr, wider besseres Wissen gelegnet hat.

Inzwischen ist der vorläufige Wahlbetrug sogar koalitionsamtlich bestätigt worden durch den Grünen-Finanzexperten Metzger, der gestern im ZDF sagte, die Bundesregierung und auch der Bundesfinanzminister hätten sich in einem Abwägungsprozess fürs Weiterregieren und gegen die Ehrlichkeit entschieden.

Wer es nach dem Schwindel um das Defizitkriterium und die Steuererhöhungen, nach den „überraschenden“ mehrfachen Beitragserhöhungen für die sozialen Sicherungssysteme noch nicht sehen wollte, dem öffnen Steuerschätzer und Wirtschaftssachverständige nun die Augen.

Einmal mehr zeigt sich, dass die Konsolidierung der

öffentlichen Haushalte nur über ein höheres Wirtschaftswachstum gelingen kann. Dazu bedürfte es allerdings durchdachter Strukturreformen in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Haushalts- und Finanzpolitik, zu denen die mut- und ideenlose Notstandsverwaltung in Form der Bundesregierung nicht in der Lage ist.

ANDREAS STORM:

Vernichtendes Urteil für rot-grüne Sozialpolitik

Zur Vorlage des „Jahresgutachtens 2002/2003“ durch den Sachverständigenrat erklärte der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der Sachverständigenrat hat der rot-grünen Renten- und Gesundheitspolitik ein verheerendes Zeugnis ausgestellt. In ihrem aktuell vorgelegten Jahresgutachten bescheinigen die „Fünf Wirtschaftsweisen“ der Bundesregierung Orientierungslosigkeit und fehlenden Mut zur Lösung der drängenden Probleme in der Sozialpolitik. Sie kritisieren insbesondere auch das sogenannte Vorschaltgesetz, das die rot-grüne Mehrheit am morgigen Freitag durch den Bundestag

drücken will, als „konzeptionslose Notoperation“.

„Jahrhundertreform“

Zur Rentenpolitik hält der Sachverständigenrat fest, dass sich die Bundesregierung bereits heute meilenweit von den Versprechungen entfernt hat, mit der sie vor nicht einmal zwei Jahren für ihre sogenannte Jahrhundertreform geworben hatte. Während die „Riester-Reform“ für das Jahr 2003 ein Absinken des Rentenbeitrags auf 18,7% in Aussicht gestellt hatte, droht nun ohne Erste-Hilfe-Maßnahmen eine massive Anhebung auf 19,9% - trotz der Milliardeneinnahmen aus der Ökosteuern. Die „Riester-Reform“ ist damit bereits elf Monate nach ihrem Inkrafttreten kläglich gescheitert.

Daran können auch die hektischen Versuche, den Anstieg des Rentenbeitrags durch das Vorschaltgesetz zu begrenzen, nichts ändern. Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze führt schon mittelfristig zu höheren Ausgaben der Rentenversicherung, und der abermalige Griff in die eiserne Reserve der Rentenkassen bringt die Rentenversicherung in eine gefährliche Abhängigkeit von Zuschüssen

des Finanzministers, wenn die Renten auch im kommenden Jahr pünktlich gezahlt werden sollen. Beide Vorhaben sind das genaue Gegenteil dessen, was notwendig wäre, um die Rentenversicherung auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten und einen fairen Ausgleich zwischen Jung und Alt herzustellen. So konstatieren die Sachverständigen zurecht: „Diese Maßnahmen stellen letztlich nur konzeptionslose Notoperationen dar und stehen im Widerspruch zu einer verlässlichen, langfristig orientierten Rentenpolitik.“

Ähnlich vernichtend fällt das Urteil der „Fünf Wirtschaftsweisen“ über die Gesundheitspolitik der Regierung aus. Hier hat nach Ansicht der Sachverständigen

schlichtweg der politische Mut gefehlt, um eine dringend benötigte Reform noch vor der Bundestagswahl in Angriff zu nehmen. Heute, wenige Wochen nach der Wahl, sollen die Leistungserbringer plötzlich über 3 Mrd. Euro erbringen, um die finanziellen Löcher der Krankenkassen zu stopfen.

Dabei ist die dramatische finanzielle Lage der Krankenversicherungen vor allem auch das Resultat der Verschiebebahnhöfe, mit denen Finanzminister Eichel seinen Haushalt zu Lasten der Beitragszahler sanieren will. Zu diesen Maßnahmen zählt beispielsweise die Absenkung der Beiträge, die der Bund für Empfänger von Arbeitslosenhilfe an die Sozialkassen zahlt. Alleine die 2001 und

PERSONALIEN

Folgende Beauftragte wurden von der Fraktionsvorsitzenden, Dr. Angela Merkel, benannt:

Verbraucherschutz / Lebensmittelsicherheit:	Ursula Heinen
Behinderte:	Hubert Hüppe
Aussiedler:	Jochen-Konrad Fromme
Internet:	Dr. Martina Krogmann
Gentechnik:	Helmut Heiderich
Kirchen und Religions- gemeinschaften:	Dr. Hermann Kues

2002 erfolgten Verschiebebahnhöfe haben den Beitragssatz zur Krankenversicherung um 0,4 Prozentpunkte erhöht, rechnet der Sachverständigenrat vor.

Genau diese gravierenden Fehler setzt Rot-Grün nun fort. Die Kassen erwarten durch die Umsetzung des Hartz-Konzeptes Einnahmeausfälle von bis zu 1,5 Mrd. Euro jährlich. Hinzu kommen 200 Mio. Euro aus der erhöhten Mehrwertsteuer auf Zahnersatz. SPD und Grüne entziehen der Krankenversicherung also mit der rechten Hand Milliardenentnahmen und sammeln das Geld dann mit der linken Hand bei den Leistungserbringern wieder ein. Deshalb spricht der Sachverständigenrat bei diesen massiven Staatseingriffen in die selbstverwaltete Krankenversicherung von einem „konzeptionslosen Herumdoktern an Symptomen“, das nicht geeignet sein wird, die finanziellen Probleme der Gesetzlichen Krankenversicherung zu lösen. Auch mit ihrem katastrophalen Vorschaltgesetz wird die Bundesregierung nicht mehr verhindern können, daß die Krankenkassenbeiträge im kommenden Jahr auf durchschnittlich 14,5 % ansteigen müssen.

Als Ergebnis der rot-grünen Chaospolitik bei den Renten und der Krankenversicherung drohen nicht nur massive Mehrbelastungen der Beitragszahler und der Arbeitgebersowie damit verbunden ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen, sondern auch eine erhebliche Verschlechterung der Versorgung für die Patienten und der Wegfall zehntausender Stellen in Apotheken, Kliniken und Arztpraxen. SPD und Grüne legen in diesen Wochen einen kapitalen sozialpolitischen Fehlstart in die neue Wahlperiode hin.

RONALD POFALLA:

Verfassungswidrige Zusammensetzung des Vermittlungsausschusses

Zur Verfassungsklage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte ihr Justiziar:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beim Bundesverfassungsgericht Organklage gegen den Bundestag wegen der von ihm beschlossenen Zusammensetzung des Vermittlungsausschusses eingereicht. In der vergangenen Woche hatte die rot-grüne Mehrheit ge-

gen geltendes Verfassungsrecht durchgedrückt, dass die 16 Mitglieder starke Bundestagsbank im Vermittlungsausschuss im Verhältnis 8 (SPD) : 6 (CDU/CSU) : 1 (Grüne) : 1 (FDP) besetzt wird. Die drei vom Bundesverfassungsgericht allein anerkannten mathematischen Zählverfahren führen jedoch übereinstimmend zu einem Schlüssel von 7 (SPD) : 7 (CDU/CSU) : 1 (Grüne) : 1 (FDP), also zu einem Patt zwischen Opposition und Koalition. Dies entspräche auch der konsensstiftenden Aufgabe des Vermittlungsausschusses.

Die Abweichung von diesen objektiven Berechnungsmethoden ist reine Willkür und arrogante Machtanmaßung. Obwohl die SPD nur über 41,6 % der Bundestagsitze verfügt und bei der Bundestagswahl mit ganzen 6200 Stimmen vor der Union lag, will sie sich im Vermittlungsausschuss nun 50 % der Sitze sichern. Das Maß ist übervoll, wenn sie dieses Ansinnen zynischerweise auch noch damit begründet, dass sich dadurch die Mehrheitsverhältnisse des Bundestages im Vermittlungsausschuss abbildeten.

Offenbar glauben SPD und Grüne, mit ihrer Wählertäuschung vom 22. September 2002 ungeniert wei-

termachen zu können. Doch da irren sie sich. Die Unionsfraktion lässt sich auch nicht den geringsten Versuch einer Beeinträchtigung ihrer parlamentarischen Rechte gefallen. Die Koalition hat nicht nur das Gebot politischer Fairness verletzt. Sie hat auch eine letzte Hemmschwelle überschritten, nämlich die des Respekts vor der Verfassung.

Die Verfassungsklage der Unionsfraktion ist verbunden mit dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, um bereits den Zusammentritt des Vermittlungsausschusses in dieser verfassungswidrigen Zusammensetzung Anfang Dezember zu verhindern.

MICHAEL MEISTER:

Vernichtendes Urteil der Sachverständigen

Zu der öffentlichen Sachverständigenanhörung zum Gesetzentwurf zur Fortführung der ökologischen Steuerreform erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Experten haben der Union bei der heutigen Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages recht gegeben: Bei dem Ge-

setzentwurf zur Fortführung der öko-logischen Steuerreform handelt es sich um nichts anderes als um eine weitere Stufe – „die sechste“ – bei der sogenannten „Ökosteuer“.

Die vorgesehenen gesetzlichen Änderungen erfolgen aus rein fiskalischen Gründen: Eine klimapolitische Motivation ist nicht erkennbar. Das Gesamtkonzept der sogenannten „Ökosteuer“ ist gescheitert. Das ursprüngliche Ziel, die Einnahmen aus dieser Steuer für die Absenkung der Rentenbeiträge zu verwenden, wird mit diesem Gesetzentwurf endgültig aufgegeben. Rentenbeitrag und Ökosteuer steigen stattdessen im Gleichschritt zum 1.1.2003. Beim Gesetzentwurf zur Fortführung der ökologischen Steuerreform hat die Bundesregierung nicht einmal die Absicht bekundet, die Einnahmen zur Absenkung der Rentenbeiträge zu verwenden.

Neben diesen grundsätzlichen Mängeln hat sich in der Expertenanhörung auch gezeigt, dass die geplanten Änderungen vor allem zu Lasten der Wirtschaft und der kleinen Leute gehen. Sie werden einmal mehr vor den Kopf gestoßen: So wurde mit der Wirtschaft vor nicht allzu langer Zeit eine Klima-

vereinbarung geschlossen, die heute offenbar nichts mehr zählt. Hierdurch wird das CO₂ – Minderungsziel gefährdet. Eine Verzahnung mit den künftigen EU-Instrumenten wird verfehlt. Auch die privaten Haushalte bleiben auf der Strecke. Wurde ihnen noch vor ein paar Jahren die Nutzung von Erdgas aus ökologischen Gesichtspunkten nahe gelegt, so müssen sie heute erfahren, dass das Wort der rot-grünen Bundesregierung nichts mehr zählt. Selbst Bundesumweltminister Trittin hat darauf hingewiesen, dass diese Entwicklung der „ökologischen Vernunft“ widerspricht.

CHRISTIAN RUCK:

Wichtige Fragen zum Aufbau Afghanistans unbeantwortet

Anlässlich der Bundestagsentscheidung zur Fortsetzung einer deutschen Beteiligung an „Enduring Freedom“ und des Zwischenberichts der Bundesregierung zum Wiederaufbau Afghanistans erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

Soll der Einsatz der internationalen Streitkräfte in Afghanistan ein Erfolg werden, muss er ergänzt werden durch eine umfassende developmentpolitische Strategie zum Wiederaufbau des Landes. Die Bundesregierung hat eine Zwischenbilanz ihres bisherigen developmentpolitischen Engagements in Afghanistan vorgelegt, die wichtige Fragestellungen unbeantwortet lässt. Sie kann nicht darlegen, wie die Entwicklungskooperation unter stabilen und sicheren Rahmenbedingungen über Kabul hinaus auf andere Landesteile ausgedehnt werden kann. Es bleibt im Dunkeln, wie die developmentpolitische Reaktion auf den wiedergekehrten immensen Drogenanbau sowie die Bestrebungen zur Einführung des menschenverachtenden Sharia-Rechts aussehen soll. Und schließlich bleibt fraglich, ob der Aghanistan-Aufbau auch die nötigen Mittel erhält, wenn sich die internationale Krisenkaravane einem neuen Ziel (Irak?) zuwendet. Rot-Grün muss diese konzeptionellen Schwachpunkte in der Einsatzstrategie gegen den uns alle bedrohenden internationalen Terrorismus schleunigst beseitigen.

CHRISTIAN SCHMIDT:

Eiszeit zwischen Deutschland und USA noch längst nicht beendet



Zum Besuch des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck, in den USA erklärte der vereidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach dem Besuch von Verteidigungsminister Struck bei seinem amerikanischen Amtskollegen Rumsfeld ist die Eiszeit zwischen Deutschland und den USA noch längst nicht beendet. Rumsfeld hat jetzt den Preis für Schröders charakterlosen anti-amerikanischen Wahlkampf präsentiert. Hatte Struck in der Debatte zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers noch davon geredet, dass zwei parallele Eingreiftruppen der NATO und der EU nicht machbar seien, so weiß er inzwischen seine Begeisterung kaum zu

zügeln. Auf einmal springt er heute auf den US-Vorschlag für eine NATO Response Force an. Es bleibt sein Geheimnis, mit welchen Truppen der ohnehin schon überlasteten Bundeswehr er die zusätzlichen Aufgaben schultern will. Das Thema ist zu ernst, um als Luftbuchung aus der Jackentasche herausgezogen zu werden. Wir warten auf konkrete Konzepte, die dann auch eingehalten werden.

Es scheint auch nicht zufällig zu sein, dass Struck bei seinem Besuch in Washington das Projekt A-400 M und vor allem die bisher geplante Stückzahl von 73 Flugzeugen deutlicher als jemals zuvor in Frage gestellt hat. Mit einer verminderten Stückzahl (wie viele sollen es denn nun sein?) gefährdet er dieses bedeutendste europäische Rüstungsprojekt. Ein Scheitern hätte allein Deutschland zu verantworten. Außenpolitischer Imageschaden und Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe wären die Konsequenz. Die Industriepartner wären verprellt und Tausende von Arbeitsplätzen in der Hochtechnologie wären in Gefahr. Dabei sind Europa und Deutschland dringend auf eine Modernisierung der veralteten Transall-Flotte angewiesen **UD**



Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: 2867
Preis je 25 Stück: 12,70 €
inkl. MwSt.: 13,59 €

Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: 9300
Preis je 1 Stück: 3,60 €
inkl. MwSt.: 4,18 €



Ausstechformen-Set für CDU-Gebäck

Bestell-Nummer: 9109
Preis je 10 Sets: 8,70 €
inkl. MwSt.: 10,09 €



Kerzenstumpen mit Aufdruck 100 % Ökosteuerfrei

Bestell-Nummer: 9700
Preis je 24 Stück: 24,50 €
inkl. MwSt.: 28,40 €

Jammert mir
nichts vor,
ich habe **CDU**
gewählt!

Postkarte „Jammert mir nichts vor,
ich habe CDU gewählt!“

Bestell-Nummer: 9991
Preis je 100 Stück: 5,25 €
inkl. MwSt.: 6,10 €



Klappkarte „Es wird keine
Steuererhöhungen geben“

Bestell-Nummer: 9985
Preis je 100 Stück: 20,00 €
inkl. MwSt.: 21,40 €

Wirtschaftspolitik

Der rote Faden in
Schröders Wirtschaftspolitik



Zeit für Taten.

CDU

Leporello „Der rote
Faden in Schröders
Wirtschaftspolitik“

Bestell-Nummer: 2813
Preis je 100 Stück: 16,50 €
inkl. MwSt.: 17,66 €

Mitglied werden

Willkommen in der CDU.



Besser für die Menschen.

CDU

Leporello
„Willkommen in der CDU.“

Bestell-Nummer: 5932
Preis je 100 Stück: 16,50 €
inkl. MwSt.: 17,66 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Ein fröhliches Weihnachtsfest.



Und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.